

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontonummer: Berlin 87538. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. ...

Die einseitige Konzentration des ...

4 1/2 Prozent Arbeitslosenbeitrag?

Stegerwald und Moldenhauer verhandeln.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß zwischen dem Reichs-

Nach unseren Informationen eilt diese Mitteilung den Tatsachen etwas voraus. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Reichsregierung über den Vorschlag des Vorstandes der Reichsanstalt, die Beiträge auf 4 Proz. zu erhöhen, hinausgehen wird, weil der Vorschlag der Reichsanstalt völlig ungenügend ist, um die voraussichtlichen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in diesem Jahre zu decken.

Bekanntlich hatte das Kabinett Hermann Müller den Beschluß gefaßt, die Beiträge auf 4 Proz. zu erhöhen, wogegen der sogenannte Kompromißvorschlag Brüning, der zum Sturz des Kabinetts Hermann Müller führte, den Beitragssatz auf 3 1/2 Proz. belassen wollte.

Die Beschlüsse, die das Kabinett Brüning jetzt angefaßt der katastrophalen Arbeitslosigkeit zu fassen genötigt sein wird, werden über den Beschluß des Kabinetts Hermann Müller hinausgehen.

Notopfer.

Wachsende Einsicht im Zentrum.

Zwei Fragen waren es, an denen das Kabinett Müller zerbrochen ist: Die Arbeitslosenversicherung und das Notopfer der Leistungsfähigen. In beiden Fragen bestanden zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei erhebliche Gegensätze.

steuer von 10 Proz. bei allen Einkommen über 8000 M. jährlich als richtig erwiesen.

Diese Erkenntnis gewinnt jetzt auch im Zentrum an Boden. Zwar ist anzunehmen, daß das Reichskabinett durch Übernahme der Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt einen teilweisen Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung vornehmen wird.

Diese Mittel aber stehen im jetzigen Reichsetat nicht zur Verfügung. Sie müssen erst durch neue Steuern beschafft werden.

Wenn jetzt aus dem Zentrumslager der Gedanke eines Notopfers propagiert wird, so kann man sich darüber freuen, weil dies das Eingeständnis darstellt, daß auch diese Forderung der Sozialdemokratie nachträglich als richtig anerkannt wird.

Reden oder entscheiden?

Der Fall Fried und das Reichsinnenministerium.

Von Carl Severing.

Eine der unerfreulichsten Folgen des häufigen Kabinettswechsels im Reiche ist der Leerlauf in der Führung der Amtsgeschäfte, der durch die Notwendigkeit der Einföhrung des neuen Ministers in seine Funktionen entsteht.

Ich brauche kaum zu betonen, daß diese Bemerkungen keineswegs der Meinung einer Opposition um jeden Preis entspringen. Es wäre mir viel lieber, ich könnte meinem Amtsnachfolger in der Sache recht geben.

Mißglückter Sturm auf Salzlager

Hunderte von Verletzten in Dharfana.

London, 21. Mai. (Eigenbericht)

Ausgerüstet mit Verpflegungsrationen für zwei Tage und mit den zur Niederlegung des Stacheldrahtes um das Salzdepot nötigen Instrumenten, begannen 2000 Anhänger Gandhis am Mittwoch beim Morgengrauen ihren Marsch vom Festlager in Untabi nach dem Salzdepot von Dharfana.

100 Personen verletzt und 200 verhaftet wurden. Die Polizei begnügte sich jedoch nicht mit diesen Massenverhaftungen, sondern nahm auch Frau Raidu selbst sowie Gandhis Sohn Ranisal, das einzige Mitglied der Familie Gandhi, das sich noch auf freiem Fuße befand, in Gewahrsam.

litten. Die Führung der indischen Widerstandsbewegung ist nunmehr an den greisen Patel übergegangen.

Nach den letzten eingetroffenen Meldungen ist der große Angriff auf das Salzdepot Dharfana jedoch noch keineswegs zu Ende. Von allen Seiten eilen neue Scharen Freiwilliger herbei.

Sie zeigten eine derartige Erbitterung, daß die Polizei mit Knüppeln vorgehen mußte und dabei fast 300 Personen verletzte.

Verhaftungen im indischen Hauptquartier.

Bombay, 21. Mai. (Eigenbericht)

Das Hauptquartier des indischen Nationalkongresses wurde am Mittwoch von der Polizei umzingelt und besetzt. An dieser Aktion waren nicht weniger als 40 Polizeioffiziere, 120 bewaffnete Polizeibeamte und 300 Schutzleute beteiligt.

Es gibt wohl keine zweite Partei in Deutschland, die auf die politische und geistige Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder und Anhänger so wenig Wert legt, wie die nationalsozialistische.

Es gibt wohl keine zweite Partei in Deutschland, die auf die politische und geistige Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder und Anhänger so wenig Wert legt, wie die nationalsozialistische.

Es gibt wohl keine zweite Partei in Deutschland, die auf die politische und geistige Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder und Anhänger so wenig Wert legt, wie die nationalsozialistische.



# Zwischenfall im Hauptauschuß.

## Der Deutschnationale Spahn verleumdet die Kinderfreunde.

die bei ihren Maßnahmen zur Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen diese Erfordernisse vernachlässigt, leistet — wenn auch ungewollt — den Goebbels- und Fried-Leuten Zutreiberdienste. Jede Konzeption, jedes Entgegenkommen in den Fragen des Staatsschutzes wird als ein neuer Erfolg der Nationalsozialisten den Massen vorgegaukelt — und als neuer Beweis der Schwäche der Republik, deren Zerfall in Kürze bevorstehe.

Es ist tief zu bedauern, daß diesen Ueberlegungen in der Wirthschaftlichen Entscheidung auf Aufhebung der Sperre eine so geringe Bedeutung beigegeben worden ist, daß dagegen formelle Gesichtspunkte eine um so größere Rolle gespielt haben. Ein formelles Bedenken richtete sich gegen das angeblich dürftige „Material“. Dagegen ist formell zu sagen, daß der Reichsinnenminister in diesem Falle kein Richter war, der Recht sprechen sollte auf Grund eines im abgeschlossenen Verfahren zusammengetragenen Materials. Der Reichsinnenminister ist der politische Minister, dem der Schutz der Verfassung besonders anvertraut ist, und das Verfahren war nicht abgeschlossen, sondern sollte erst beginnen. Die Sperre der Polizeigelder war der Anfang des Verfahrens, nicht das Ende. Wollte man sich an die Form klammern, dann war nur zu prüfen, ob das Friedrichsche Regierungsprogramm „hinreichend verdächtig“ erschien, die thüringische Polizei in einem Gegenstand zu den Grundfragen zu bringen, deren strikte Innehaltung als Voraussetzung zur Gewährung der Reichszuschüsse für die Landespolizeien in den Vereinbarungen zwischen Reich und Ländern bezeichnet worden war. Im Punkt 7 dieser Grundsätze heißt es, daß die Reichsregierung in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Vorwürfe gegen die Schutzpolizei eines Landes erhoben werden, Auskunft verlangen und daß den anzustellenden Untersuchungen ein Beauftragter des Reichs beizuwohnen kann. Wer als Hüter der Reichsverfassung dazu bestellt ist, in allen Verfassungsfragen die Zuständigkeit des Reiches auszusprechen, der darf auf kein Mittel verzichten, dessen Anwendung im Endeffekt nur der allerbeste Verfassungsschutz sein kann.

Oder waren die Friedrichschen Methoden nicht etwa „hinreichend verdächtig“, waren keine außergewöhnlichen Vorwürfe gegen die thüringische Polizei erhoben, war das Gebot eines vorbeugenden Verfassungsschutzes wirklich nicht am Platze? Ich sehe davon ab, die Stimmen anzuführen, die von bestimmten Plänen der Nationalsozialisten mit der thüringischen Polizei zu berichten wußten. Die Nationalsozialisten selbst haben die Beteiligung an der thüringischen Regierung damit begründet, daß sie sich in Weimar einen Stützpunkt schaffen wollten, der einmal das System von Weimar vernichten sollte. So las man in der nationalsozialistischen Presse, so prahlten die nationalsozialistischen Versammlungsredner. Und war die politische Bergangenheit Friedrichs selbst nicht schon „hinreichend verdächtig“ genug?

Nun ist es auch wieder Herr Fried, der durch seine Maßnahmen meinen Anordnungen in Sachen Thüringen auch noch eine nachträgliche Rechtfertigung verschafft. Darüber könnte ich persönlich eine gewisse Beugung empfinden, wenn mit ihnen nicht auch die Sache, die republikanische Sache, leiden würde. Herr Wirth wird durch den Schaden der letzten Wochen Thüringen klug werden. Aber muß es erst immer der eigene Schaden sein, der unsere Politiker klug macht? Hat die Republik in der Bergangenheit nicht Schaden genug erlitten, um alle herufenen Stellen zu mahnen, Schäden für die Zukunft beizugehen abzumehren?

Reben oder Entscheidungen, — Beschuldigung oder Abwehr —, das ist hier die Frage! Eine Frage aber, deren Beantwortung nicht nur Thüringen angeht!

### Eine neue Provokation.

Der „Bölkische Beobachter“ stellt triumphierend fest, daß Herr Fried seine Polizeipläne durchgeführt hat. Unter der Ueberschrift „Wirth endgültig abgeblüht“ schreibt er:

„Wir untererfassen können ebenso wie das deutsche Weimar zurückbleiben. Joseph Wirth hat durch seine Hehe erreicht, daß nicht ein, sondern zwei Nationalsozialisten die Weimarer Polizei leiten werden. Man darf gespannt sein, ob die schwarzen Margiten der Reichsregierung das deutsche Thüringen noch weiter provozieren werden.“

An Dreistigkeit sind die Haltenkreuzprovokationen gegen die Reichsregierung gewiß nicht zu übertreffen!

### Ein Stappenheld mehr!

#### Deutsche Fragen an Knüppel-Kunze.

Die Nationalsozialisten haben kostbaren Zuwachs erhalten. Herr Richard Kunze, genannt Knüppel-Kunze, ist zu ihnen gestoßen, nachdem er als selbständiger Parteigründer der rühreren Konkurrenz erlegen ist. Ehren- oder schandenhalber hat Hilfer ihm die Mitgliedsnummer 200 000 (wesh schön Pluff!) verliehen. Bei dieser Gelegenheit richtet der „Jungdeutsche“ an Herrn Kunze die indirekte Frage:

Was den neugeborenen Nationalsozialisten Richard Kunze angeht, so möchten wir ihn einmal fragen, was er in den Tagen nach dem Kapp-Putsch gemacht hat, als er zwar von niemand gesucht wurde, aber auf eigentümliche Weise von der Bildfläche verschwunden war.

Die Antwort fällt nicht schwer. Herr Kunze hatte in den Kapp-Tagen nicht mehr nötig, seinen Helmenut zu beweisen, weil er das im Weltkrieg bereits ausgiebig getan hatte. In den Jahren 1914 bis 1918 gehörte Kunze nämlich zu jenen Männern von uneharcter „Heimatliebe“, die keine Röcke der Welt aus der Heimat an die Front bringen konnten. Wie der fünfundsiebzigjährige Fried seinem König die ganzen Kriegsjahre hindurch in Birma-jens (Pfalz) diente, so hielt der etwa gleichaltrige Knüppel-Kunze ebenfalls seine verschänzte Stellung in der altmärkischen Stadt Gardelegen mit größter Fähigkeit gegen alle Angriffe. Der Seccofiger Graf Reventlow torpedierte derweil von der Redaktionsstube der „Deutschen Tageszeitung“ aus Minister, Herr Goebbels konnte des bishigen Kriegs halber sein Studium nicht unterbrechen, und Helden-Kunze kämpfte Ende 1917 einig Mal als Soldat — in einer Kasernenstube!

Knüppel-Kunze, der Stappenheld von Gardelegen, pakt durchaus in diese Gesellschaft phrasengeschwollener Helmtreger.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Freitag, den 23. Mai, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt eine Aussprache über die Genfer Rats-tagung, ferner über den Rollenwechsel zum deutsch-portugiesischen Handelsabkommen und über die Regelung der Fischereiverhältnisse in der Biskaya mit den angrenzenden Staaten.

In der Abend-sitzung des Haushaltsausschusses kam es bei der fortgesetzten Beratung des Reichsinnenausschusses zu einem Zwischenfall zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Spahn und der Sozialdemokratie.

Spahn sprach von einem „Treiben“ in den Lagern der sozialistischen Kinderfreunde und daß infolge dieses Treibens die Kinderfreunde nicht mehr an den Boden kommen könnten. Sozialdemokratische Abgeordnete nannten in großer Erregung den Abg. Spahn einen Verleumder. Der deutschnationale Abg. Berndt verlangte, daß diese Jurufe gerügt würden.

Abg. Solkmann (Soz.) gab zu, daß die Jurufe unparlamentarisch gewesen seien, das Verhalten Spahns sei aber parlamentarisch nicht zu kennzeichnen. Er verlangte, daß der Abg. Spahn sofort seine schweren beleidigenden Behauptungen beweise.

Außer der Reihe erhielt Spahn das Wort, konnte aber nichts anderes vorbringen als einige längst bekannte Zitate aus Zeitungen, ferner die Anfrage des Zentrums im Preussischen Landtag und schließlich Gerüchte, die er in Ufernach gehört haben will.

Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses gab Abgeordneter Löwenstein (Soz.) Herrn Spahn die gebührende Antwort. Er machte u. a. darauf aufmerksam, daß im Kinderlager zu Ramech ein katholisches Heiligum gestanden habe. Nicht ein einziges Kind habe sich dagegen vergangen. Es sei Grundlag der „Raien Falken“, die Ueberzeugung jedes Menschen zu achten, auch diejenige ihres Gegners. Löwenstein habe ausdrücklich die Kinder darauf aufmerksam gemacht, daß die kleinen Mäde in Rheinlande der Bevölkerung heilig wären. Die auch von Spahn zitierten Uebers seien innerhalb der sozialistischen Bewegung nicht bekannt. Löwenstein verlas eine große Anzahl ernsthafter anerkennender Kritiken auch aus katholischen Kreisen. Er schloß mit der Bemerkung: „Wer wie Herr Spahn mit religiöser Ueberzeugung mit der Ehrlichkeit des Historikers und der Wahrheit des Politikers ein solches Maß von Gewissensfreiheit in Anspruch nimmt, der ist wahrhaftig nicht zu beneiden.“

### Der Fall Fried.

Als Verteidiger des Staatsministers Dr. Fried trat der deutschnationale Abg. Dr. Berndt, aber auch der völkischkonservative Abg. Lindner-Wilbau auf.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte, die Briefe Dr. Wirths nach Thüringen genügen nicht, wenn selbst der Reichswehrminister Groener heute erst wieder im Reichstag erklärt habe, er werde mit

rücksichtsloser Energie gegen das Eindringen der Nationalsozialisten in die Reichswehr vorgehen. Dr. Fried habe schon 1923 seinen Beamten eid gebrochen. Rosenfeld verlangt, daß Wirth aus seinen eigenen Worten die Konsequenzen ziehe.

Abg. Frölich-Thüringen (Soz.) erinnerte daran, daß im Jahre 1923 Reichsstaatsminister Stresemann die Entsendung der Kommunisten aus der thüringischen Regierung gefordert habe, abmohl damals keiner der kommunistischen Minister wegen Hochverrats verurteilt gewesen sei.

Fried habe erwiegen müssen als Beamter hochoverläßliche Organisationsgelder, habe falsche Pässe für Fernwanderer ausstellen lassen, habe im Reichstag die Taten der Republik geschändet, habe im Reichstag behauptet, Stresemann sei vom Ausland bezahlt. Einen solchen Minister lasse sich die thüringische Arbeiterklasse nicht gefallen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth äußerte sich über die thüringische Frage nicht mehr. Er machte im Laufe der Debatte die Mitteilung, daß Reichsstaatsminister Müller nicht mit dem Stahlhelm verhandelt habe. Wohl aber seien unter der Kanzlerschaft Müller Besprechungen mit dem Reichspräsidenten über die etwaige Aufhebung des Stahlhelms verboten gewesen. Die Rechtslage sei schwierig. Es sei sogar zweifelhaft, ob rechtlich eine Aufhebung des Stahlhelmsverbotes möglich sei. Zur Frage eines Reichsjulgesehes meinte der Reichsinnenminister ironisch, daß der Reichsfinanzminister große Augen machen würde, wenn er mit einer so kostspieligen gesetzlichen Anforderung käme.

Nach 9 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Donnerstag früh vertagt.

### Die Antwort an Wirth.

Weimar, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Die thüringische Regierung hat am Mittwoch — 10 Tage nach dem Empfang des Schreibens — ihre Antwort auf das inzwischen veröffentlichte Schreiben des Reichsinnenministers vom 12. Mai nach Berlin übermittelt. Der Brief soll in „freundschaftlichem“ Tone gehalten sein und u. a. den Hinweis enthalten, daß die Ernennung der neuen Polizeidirektoren von der thüringischen Regierung einstimmig, d. h. also mit Zustimmung der Volksparteier im Kabinett erfolgt ist.

### Löbe rechnet ab.

#### Eine Rede über die Gegner der Sozialdemokratie.

Nach einem eindrucksvollen Aufmarsch des Reichsbanners Schwarzrotgold sprach im größten Saal von Friedrichshagen am Mittwoch in einer überfüllten, von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung Reichstagspräsident Genosse Löbe über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“, nachdem im gleichen Saal eine Woche vorher die Nationalsozialisten die Vernichtung der Sozialdemokratie gefordert hatten.

Löbe wies auf die organisierte Macht der Sozialdemokratie hin, die 9000 Stadtbezirke, 37 000 Gemeindevorsteher, 947 Bürgermeister, 1104 Gemeindevorsteher stellt. Trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hat die größte Partei immer noch Kraft gewonnen. Die Kommunisten haben seit 1923 ständig verloren; die Nationalsozialisten gewinnen ihre Stimmen hauptsächlich aus dem deutschnationalen, wirtschaftsporteilichen und — dem kommunistischen Lager. Beide Parteien sind in günstigerer Lage der Agitation als wir, sie tragen nicht die Verantwortung der nahen Möglichkeit der Radikalisierung. Wir Sozialdemokraten aber suchen schrittweise für die heute notleidenden Schichten Verbesserungen, weil wir das ganze Ziel durchzuführen noch nicht stark genug sind. Nur in dieser Situation und zu diesen Zwecken, wo wir noch nicht die ganze Macht haben und die Bürgerlichen nicht mehr die Macht besitzen, ihren Willen allein durchzusetzen, müssen Koalitionen abgeschlossen werden, um Ziele zu erreichen, soweit die Bundesgenossen mitgehen. Die Wähler verlangen von uns Verbesserungen an Stelle von ergebnisloser Opposition. Der Vorwurf, wir hätten uns mit dem Austritt aus der Regierung vor Verantwortung drücken wollen, wird entkräftet durch die Tatsache, daß wir stets in drückendsten Situationen in die Regierung gehen mußten, weil wir allein den Akt hatten, die Karte aus dem Deck zu ziehen.

Wir veruchten mit allen Mitteln, über die Krise 1929/30 mit der geringstmöglichen Belastung der Arbeiter hinwegzukommen. Wir fordernten zugleich ein Rotopfer der Besizhenden und die unbedingte Erhaltung der Arbeitslosenversicherung. An der Abschaffung dieser Forderung zerbrach die Regierung. Für spätere Koalitionen werden wir unsere Bedingungen vorher formulieren, von denen wir nicht abgehen werden. Zum Schluß charakterisierte der Redner die „starken Männer“, die Völkische und Nationalsozialisten als Deutschlands Retter und Diktatoren empfahlen. Sie würden alle lächerlich gegenüber der Macht des freien Volkes. Deutschland ist reich für Selbstregierung und braucht keinen Vormund! Die mehrfach zum Sprechen in der Diskussion aufgerufenen Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

### Dauerreden im Landtag.

#### Dritte Lesung des Etats auf heute verschoben.

Die große Premiere ist verschoben worden. Der Preussische Landtag beabsichtigte am Mittwoch in die dritte Lesung des Haushalts einzutreten und sie bis Freitag zu verschieben. Aber in reichlich fünfständiger Sitzung ist er zum Beginn der dritten Etatsberatung nicht gelangt. Denn vor ihr standen vier kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung, Vorlagen von der Art, die gewöhnlich ohne Debatte in insgesamt einer Viertelstunde erledigt werden: Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld, Erweiterung des Stadtkreises Trier, 26 Millionen Siedlungskredite und 11 Millionen Restorationsgelder. Man hatte auch keine Redezeit festgesetzt, weil niemand annahm, daß bei diesen Gegenständen, über die man so ungefähr einstimmig entschied, großes Gerado entstehen würde. Aber tatsächlich veranstalteten Deutschnationale, Christlichnationale Bauern und ähnliche Gruppen ein Dauermetreden, und namentlich Dr. Pönitz stellte neue Restarde der Geschwindigkeit auf.

So war man froh, daß man wenigstens die vier Punkte erledigen konnte und mußte den Beginn der dritten Etatsberatung auf Donnerstag verschoben. Man wird gleichwohl versuchen, bis Freitag fertig zu werden.

### Braun und der Stahlhelm.

#### Kein Anlaß zur Aufhebung des Verbots.

Umtlich wird mitgeteilt: Immer wieder taucht die Behauptung auf, daß der preussische Ministerpräsident Dr. Braun sich für Aufhebung des Stahlhelmsverbots in Rheinland-Westfalen ausgesprochen habe. Es sei hierzu ganz eindeutig festgestellt, daß der preussische Ministerpräsident seit dem Erlass dieses Verbotes stets — sei es im bürokratischen Dienstverkehr mit dem Reich oder mit den zuständigen preussischen Stellen, sei es noch vor kurzem, in seinem für die Öffentlichkeit bestimmten Ausführungen im Landtagsauschuß und -plenum — sich entschieden zu der Auffassung bekannt hat, daß kein Anlaß vorliege, das Verbot des Stahlhelms aufzuheben.

### Zur Wahl in Sachsen.

#### Bürgerliche Einheitsfrontversuche.

Dresden, 21. Mai. (Eigenbericht.) Der Landesverband der Deutschen Volkspartei Sachsen hat die Deutschnationale Volkspartei, das Sächsische Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Demokratische Partei im Laufe dieser Woche zu einer Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen bei den Landtagswahlen eingeladen.

Die Absicht soll sein, sich gegen die Haltenkreuzer gemeinsam zu vereinigen, doch soll bereits die Wirtschaftspartei zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht mit von der Partie sein wolle.

### Der Kindertod von Lübeck.

#### Die Schuldigen sind noch immer im Amt.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages ging Abg. Dr. Moses (Soz.) nochmals auf die Lübecker Todesfälle ein und erklärte, es handle sich hier

um eine grobe und staßbare Fahrlässigkeit.

Das Gesundheitsamt in Lübeck sucht sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, in anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Erfahrungen mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet worden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stünne, daß auch die Lübecker Hebammen das Mittel ausgehändig erhalten. Es ist auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schädigungen durch das Mittel beobachtet wurden.

Vielmehr habe eine große Anzahl bedeutender Forscher und Aerzte in Frankreich das Calmette-Verfahren wegen seiner Gefährlichkeit abgelehnt. In der geburtsärztlichen Abteilung der Charité in Paris seien derartig viele rapide Todesfälle vorgekommen, daß sich der geburtsärztliche und interne Chef weigerte, die Calmette-Impfung noch vorzunehmen.

Auch das Wiener Gesundheitsamt hat die Anwendung des Verfahrens abgelehnt, solange seine Ungefährlichkeit nicht mit absoluter Sicherheit erwiesen ist. Tierversuche in Düsseldorf haben ergeben, daß das Calmette-Serum in der vorliegenden Zusammenfassung niemals für Menschen Verwendung finden könne.

Das Vorgehen des Lübecker Hauptgesundheitsamts bedarf der schnellsten gerichtlichen Klärung.

Noch immer sind die Verantwortlichen im Amt und informieren die Presse in der einseitigsten Weise. Das sieht aus wie Abfertigungsmandat. Was wäre einem Weichensteller oder Lokomotivführer bei einem Eisenbahnunglück mit 10 Toten und 50 Verwundeten passiert, wenn er nach 12 bis 14stündiger Arbeitszeit im Moment der Ermüdung irgend etwas versehen hätte? Was wäre einem Heilkundigen bei solcher Kurpfuscherei passiert? Die Schuldigen müssen sofort ihres Amtes enthoben werden, denn sie haben sich unfähig erwiesen.



# Rotfront gegen Volksbühne!

Rüstung zur „Protestversammlung“ am heutigen Abend!

Heute Abend, 7 1/2 Uhr, wollen die Anhänger des vor 14 Tagen abgelehnten Arbeitsausschusses der Sonderabteilungen der Volksbühne in den „Bräuchsälen am Märchenbrunnen“ dagegen protestieren, daß der Vorstand der Volksbühne der von ihnen betriebenen kommunistischen Zerlegung der Arbeit in der Organisation einen Riegel vorsetzt. Die Tatsache, daß die nicht zum kommunistischen Flügel gehörigen Mitglieder der Sonderabteilungen versuchen wollen, in der Versammlung ebenfalls zu Wort zu kommen, daß außerdem der Vorstand der Ordnerschaft der Volksbühne die Kollegen aufgefordert hat, die Versammlung zu besuchen (zumal die Einladung sich an die gesamte Mitgliedschaft der Volksbühne richtete), hat die Herrschaften im Karl-Liebknecht-Haus völlig aus dem Häuschen gebracht. In spaltenlangen Artikeln lobt die Münchener Presse über die mit frecher Stirn den Gegnern unterstellte Absicht einer Versammlungspredigt. Als kürzlich eine vom Arbeitsausschuß (nebenbei: jahungswidrig) berufene außerordentliche Mitgliederversammlung der Sonderabteilungen ziemlich leer blieb, weil die Anhänger einer vernünftigen Volksbühnenarbeit die kommunistischen Herrschaften unter sich ließen, da schnaubte man laut und erhob gegen den Vorstand heftige Vorwürfe, die weil er „nicht Rede und Antwort stehen“ wollte. Jetzt, wo man merkt, daß die andere Seite in die Versammlung kommen will, ist den Herrschaften aber die zitternde Angst in die Glieder gefahren, und sie schreien erst recht Zeter und Mordio. Schließlich kann man es verstehen. Man hat allen Grund, die eigene Blamage zu fürchten.

Die bührende Angst hat die Veranstalter der Versammlung jetzt sogar dazu veranlaßt, „bewährte“ Hilfstruppen aufzubieten, die zwar mit der Volksbühne nichts zu tun haben, aber dafür geübte Reihler und vielleicht auch Häufel mitbringen. In der „Roten Fahne“ vom Mittwoch morgen erscheint mit einemmal eine Aufforderung zum Versammlungsbefuch, die sich nicht nur an die Mitglieder der Volksbühne, sondern schließlich an alle „Genossen und Sympathisierende“ wendet. Mit anderen Worten: In der Sorge, daß die angeblich nach Tausenden zählenden „oppositionellen“ Volksbühnenmitglieder die Einberufer der Versammlung kläglich im Stich lassen könnten, sucht man Rotfront zum Versammlungsbefuch zu animieren. Mit diesem Appell an völlig Unkenstehende spricht sich die radikale Opposition in der Volksbühne im Grunde bereits selbst das Urteil. Wenn man zur „Erörterung“ der Volksbühne heute heranzögen, die es gar nicht für nötig hielten, der Volksbühne beizutreten, — dann muß es wahrlich schlecht um die Sache der „Opposition“ bestellt sein.

Gegenüber den transspontanen Bemühungen des kommunistischen Flügels, die Versammlung unter allen Umständen zu beherrschen, muß an alle diejenigen, die hinter der gefährlichen Aufbaupolitik der Volksbühnenleitung stehen, der Appell gerichtet werden, auch ihrerseits in angemessener Zahl in die Versammlung zu kommen. Man möge sich da an Ort und Stelle überzeugen, mit welchen Forderungen und Waffen der radikale Flügel der Sonderabteilungen die Volksbühne neuen herrlichen Zeiten entgegenzuführen gedenkt!

## Mosley stellt eigenen Gegenantrag.

Schwere Auseinandersetzungen in der Labour-Fraktion.

London, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Die heutige Sitzung der Fraktion der Arbeiterpartei im Unterhaus fand im Zeichen des Rücktritts Sir Oswald Mosleys.

Mosley verlor zu Beginn der Sitzung sein Rücktrittsgesuch. Es ist — wie verlautet — in einer Weise gehalten, die es Macdonald nicht mehr möglich macht, Mosleys Rücktritt zu verhindern. Mosley erklärte, sein Rücktritt sei darauf zurückzuführen, daß die Regierung sein Memorandum abgelehnt und ihrerseits keinen anderen geschlossenen Aktionsplan ausgearbeitet hätte. Er, Mosley, beabsichtige, im Unterhaus einen Antrag zur Arbeitslosenfrage einzubringen.

Die letzte Erklärung Mosleys verursachte eine außerordentliche Erregung.

da sie anzudeuten schien, daß Mosley entgegen seiner Erklärung vom Dienstag über seine fortwährende Loyalität gegenüber der Partei, sofort mit den schärfsten Kritikern der Regierung auf dem linken Flügel gemeinsame Sache zu machen gedenke. Nach einem Bericht des im allgemeinen ausgeglichenen unterrichteten liberalen Abendblattes „Star“, sprang Außenminister Henderson bei den Worten Mosleys wütend auf und erklärte mit großer Erbitterung, daß Mosleys Wut auf ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung hinauslaufe.

Nachdem die Fraktion hierauf die Frage der Parteizurückführung angeschnitten hatte, wurde beschlossen, eine neue Fraktions-sitzung für Donnerstag einzuberufen.

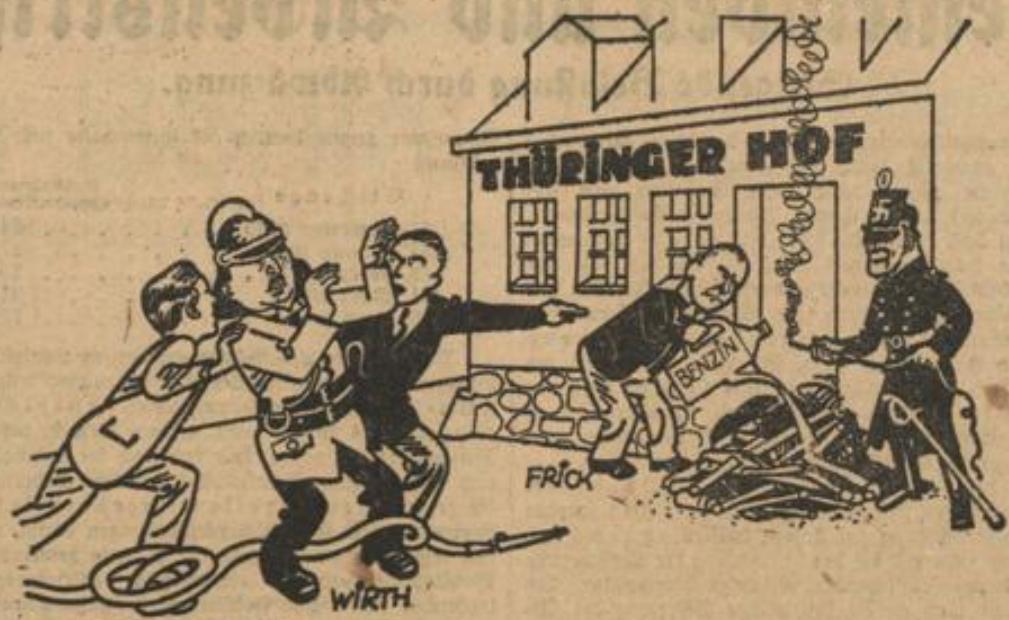
Die Erregung, die Mosleys Rücktritt in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, veranlaßt den „Daily Herald“ zu der Forderung, das bisher geheim gehaltene Memorandum der Deffentlichkeit zu übergeben, obwohl es sonst nicht üblich ist, geheime Dokumente des Kabinetts zu veröffentlichen. Die Verwertung des Memorandums ohne Benachrichtigung der Deffentlichkeit über die Gründe, die die Regierung hierzu veranlaßt hätten, drücke freundlichen und unfreundlichen Kritikern der Regierung eine Waage in die Hand.

Mosley erklärte nach Beendigung der Fraktions-sitzung, daß er es keineswegs auf ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung abgesehen habe. Er beabsichtige nicht, gegen die Regierung zu stimmen oder sich bei Abstimmungen auch nur der Stimme zu enthalten. Der von ihm in Aussicht genommene Antrag zur Arbeitslosenfrage werde eine alternative Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Sinne seines Memorandums darstellen.

## Stellt Macdonald die Vertrauensfrage?

In den Wandelgängen des Unterhauses wird die politische Lage lebhaft kommentiert. Es heißt, daß die Ereignisse sich bald aberspielen werden. Wie verlautet, soll Macdonald beschlossen haben, in der morgigen Sitzung der Arbeiterfraktion den Angriffen der äußersten Linken seiner Partei ein Ende zu bereiten. Er wird wahrscheinlich ein Vertrauensvotum verlangen und erklären, daß er im Falle der Ablehnung dieses Antrages den König sofort bitten werde, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

# Feuerwehrmann Wirth.



„Man löscht doch nicht, bevor es brennt!“ (Frick) (Wirth)

# Das Osthilfe-Programm.

Der Inhalt der Regierungsvorlage.

Das gegenwärtig im Reichstag vorliegende „Gesetz über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“ (Ostprogramm) gliedert sich in fünf Hauptteile (Siedlungsfrage, Kredithilfe für die Landwirtschaft, Vorkostenentlastung und Förderung sonstiger, insbesondere wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sozialer Zwecke und Förderung des Baues von Eisenbahnen). Dazu treten allgemeine Bestimmungen. Außerdem ist dem Programm ein Gesetzentwurf zur Bildung der Deutschen Ablösungsbank beigegeben. Dieses Gesetz soll gleichzeitig mit dem Ostprogramm durchgeführt werden.

In bezug auf die Frage der

### landwirtschaftlichen Siedlung

wird bemerkt, daß von den Zwischenkrediten mindestens 80 Proz. für Siedlungen in den notleidenden Ostgebieten zu verwenden sind. Die Reichsregierung wird ermächtigt, für Verpfändungen aus langfristigen Darlehen, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung in den dünnbesiedelten Gebieten zum Zweck der Ablösung von Zwischenkrediten gegeben werden, Bürgschaften bis zum Gesamtbetrag von 225 Millionen Mark Hypothekenswert zu übernehmen. Die Reichsregierung wird weiter ermächtigt, alle bisher für Siedlungszwecke aus Reichsmitteln gewährten Aufwendungen in eine Gesellschaft des privaten Rechts oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts einzubringen, die den ausschließlichen Zweck der Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung haben muß.

### Im Abschnitt „Kredithilfe“

wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für die Gewährung von Darlehen für Umschuldung bis zum Betrage von 300 Millionen Mark und weiter für von der Deutschen Ablösungsbank auszugehende Ablösungsscheine bis zum Betrage von 250 Millionen Mark Bürgschaften zu übernehmen. Die Ermächtigung tritt, soweit sie einen Bürgschaftsbetrag von 150 Millionen Mark für die Gewährung von Darlehen und die Summe von 100 Millionen Mark für die Ablösungsscheine überschreitet, gleichzeitig mit einem Gesetz über die Finanzreform in Kraft, das bis zum 1. Juni 1930 vorzulegen ist. Außerdem können den Schuldner von Umschuldungsdarlehen bis zum 31. Januar 1940 für ihre jährlichen Leistungen Erleichterungen aus Reichsmitteln gewährt werden.

### Zwecks Sicherung der Fortführung (Befrierhaltung)

landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Eigentümer- und Pächterbetriebe, die in ihrem Bestand gefährdet sind, aber nach Bese der Verhältnisse noch gehalten werden können, sollen Reichsmittel entweder als Darlehen oder als verlorene Zuschüsse nach folgenden Bestimmungen zur Verfügung gestellt werden: a) als Hilfe zur Durchführung einer der Fortführung des Betriebs sichernden Schuldenregelung, b) als Hilfe zur Durchführung einer Schulden- und Grundstücksregelung, die unter Aboerübertragung von Treibsachen zwecks Anlieger- und Neusiedlungen eine Gesundung des Restbestandes sichert, c) als Zuschuß zum Ausgleich von Kursverlusten bei Neuaufnahmen von Realkrediten, d) bei kleinen und kleineren Mittelbetrieben als Hilfe zur Ergänzung des unentbehrlichen Inventars, e) zur Erleichterung der Kreditgewährung an landwirtschaftliche Pächter und Kleinbesitzer, f) als Hilfe, um gruppenmäßige Niederbrüche infolge von Haftungsverpflichtungen zu verhüten, g) um die nicht für dritterseits befristeten Ausgaben aufzubringen, die durch die Prüfung, die Schuldenregelungsverhandlungen und die Betriebsüberwachung entstehen.

### Die Kostenentlastung

soll sich in den Jahren 1930 und 1931 auf Milderung der Realsteuerbelastung, Frachterleichterung und auf eine Senkung der Schiffs-fahrtsabgaben auf dem Königsberger Seefanal erstrecken. Außerdem wird das Gesetz über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung vom Jahre 1926, das für einen Zeitraum von 15 Jahren laufen sollte, auf 25 Jahre verlängert. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Verwendung des Vermögens der ehemaligen Reichsgüterstelle in Höhe von 60 Millionen Mark.

Interessant ist, daß bei der Förderung des Baues von Eisenbahnen Subventionen nicht nur für den Osten, sondern auch für das westliche Grenzgebiet vorgesehen sind. Die Gesamtsumme der Subventionen für den Eisenbahnbau beträgt 150 Millionen. Die Reichsregierung bestimmt, zu welchem Zeitpunkt und in welchen Beträgen die Mittel bereitgestellt werden können.

### Die Bestimmungen über einen Vollstreckungsschutz.

Bis zum 31. Dezember 1930 wird den Eigentümern oder Pächtern eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärt-

nerischen Betriebes ein besonderer Vollstreckungsschutz auf die Dauer von drei Monaten gewährt. Unter diesen Vollstreckungsschutz fallen, bei Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen, die in den Ostgebieten gelegenen Grundstücke, ihre Erzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Dünger, soweit sie Zubehör der dem Betrieb dienenden Grundstücke sind. Entsprechende Anträge können nur bis einschließlich 31. Oktober 1930 gestellt werden. Ueber den Vollstreckungsschutz soll eine sogenannte Landstelle entscheiden. Im Benehmen mit der preussischen Staatsregierung bestimmt die Reichsregierung über ihre Zusammensetzung. Bei der Organisation der Landstelle muß eine Mitwirkung der Gläubiger- und Schuldnerkreise gesichert sein. Dem Antrage auf Bewilligung des Vollstreckungsschutzes darf vom Amtsgericht nur unter bestimmten Umständen stattgegeben werden, namentlich dann, wenn die Landstelle nachweist, daß eine Zwangsvollstreckung begonnen hat, und bescheinigt, daß der Betrieb infolge seiner Verschuldungslage unter Berücksichtigung der sonstigen Vermögensverhältnisse des Inhabers in seinem Bestande gefährdet ist. Die Verhängung des Niederbruchs des Betriebes aber sowohl im Interesse des Schuldners als auch seiner Gläubiger liegt. Der Vollstreckungsschutz kann auf Antrag der Landstelle nach um höchstens 2 Monate verlängert werden. Die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes ist unzulässig, wenn ein Konkursverfahren oder ein gerichtliches Vergleichsverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet ist.

### Die finanzielle Ausführung des Ostprogramms

denkt sich die Reichsregierung so, daß in den Rechnungsjahren 1931 bis 1935 einschließlich jährlich 20 Millionen Mark, insgesamt also 100 Millionen Mark aus der Aufbringungs-summe für die Zwecke der landwirtschaftlichen Umschuldung heranzuziehen sind. Die Heranziehung von weiteren mindestens 150 Millionen Mark aus der Aufbringungs-summe soll durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Die Mittel bilden ein besonderes Zweckvermögen.

Die Reichsregierung kann zur Beschaffung von Umschuldungsdarlehen die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien für Zwecke der Siedlung und für Zwecke der Umschuldung zulassen; sie bestimmt auch, auf welchen deutschen Bezirk die Hilfsmassnahmen Anwendung finden. Die Regierung kann hierbei einzelne der vorgezeichneten Massnahmen mit Rücksicht auf die allgemeine ostdeutsche Wirtschaftslage örtlich erweitern. Weiter wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, die notwendigen Vorschriften zur Ueberleitung des Gesetzes über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen vom Jahre 1929 zu treffen. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen im Benehmen mit der preussischen Staatsregierung.

### Der Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Ablösungsbank

sieht vor, daß zum Zwecke der Gewährung landwirtschaftlicher Umschuldungsdarlehen und der Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel unter dem Namen Deutsche Ablösungsbank in Berlin eine besondere Körperschaft errichtet wird. Das Stammkapital der Bank besteht aus einer Stammemiloge des Deutschen Reiches, der Rentenbank-Kreditanstalt, der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und der Bank für deutsche Industrieobligationen.

Die Deutsche Ablösungsbank kann mit Zustimmung der Reichsregierung im Einverständnis mit der preussischen Staatsregierung Ablösungsscheine ausgeben. Das Reich gewährleistet gemeinsam mit dem Lande Preußen die Erfüllung der Verbindlichkeiten, die der Deutschen Ablösungsbank aus der Ausgabe dieser Ablösungsscheine erwachsen, einstuweisen bis zum Betrage von 100 Millionen Mark, später bis zu einem höheren Betrage. Die Ablösungsscheine dürfen nur an die bisherigen Gläubiger der umzuschuldenden Landwirte zum Zwecke der Ablösung ihrer Forderungen im Ablösungsverfahren gegeben werden. Die Deutsche Ablösungsbank ist von allen Steuern von Einkommen, Vermögen, Grundbesitz und Gewerbebetrieb in dem gleichen Umfange, wie das bei den landwirtschaftlichen Kreditanstalten der Fall ist, befreit.

## Freitag Großkampfstag im Sejm.

Mißtrauensantrag der PPS.

Warschau, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Der polnische Sejm ist von dem Sejmorschaft Dąziński zum 23. Mai einberufen worden. Die Opposition dürfte bereits in der ersten Sitzung mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung aufwarten.







# Gewitter über Berlin.

## Ueberschwemmungen und mehrere Blitzeinschläge.

Am gestrigen Mittwoch waren in ganz Mittel- und Südwestdeutschland, sowie in einem Teil Norddeutschlands weitverbreitete Wärmegewitter zu verzeichnen, die von ergiebigen Niederschlägen begleitet waren. Gegen 16 Uhr kam auch Berlin in den Bereich eines von Westen heraufziehenden mehrere Stunden anhaltenden Gewitters. Vornehmlich im Westen der Stadt gingen mehrere Wolkenschichten nieder, so daß in zahlreichen tiefergelegenen Straßenjungen Ueberschwemmungen verursacht wurden. Die Temperatur ging von 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 13 Grad Wärme zurück.

Sämtliche Feuerwachen des Berliner Westens mußten bereits kurz nach Einsetzen des wolkenartigen Gewitterregens in den Ausnahmezustand versetzt werden, da in einem Zeitraum von knapp 30 Minuten etwa 60 bis 70 Wärme wegen Straßen- und Kellerüberflutungen eintraten. Die Wehren hatten teilweise bis in die späten Abendstunden hinein mit den Abjagungsarbeiten zu tun. An einigen Stellen schlug der Blitz ein und richtete erheblichen Schaden an. In der Gerichtstraße 39 am Wedding nahm der Blitz einen sonderbaren Weg. Ein mächtiger Feuerstrahl fuhr in den Dachstuhl und schleuderte große Mengen von Steinen und Holzstücken auf die Straße. Der Blitz durchschlug dann die Decke zum 4. Stockwerk und ging durch sämtliche Wohnungen, überall Brandspuren zurücklassend. Fast sämtliche Türen der ganzen Etage zeigten kleine Brandschäden. Zufälligerweise befanden sich in allen Wohnungen die Mieter in ihren Räumen, ohne daß ihnen jedoch außer dem Schreck etwas zugefügt ist. — In Mahlsdorf, in der Lemkestraße 188, rief der Blitz die beiden etwa zwei Meter hohen Schornsteine eines Wohnhauses völlig auf. Wegen der weiteren Einsturzgefahr mußte auch hier die Feuerwehr eingreifen.

Auch aus verschiedenen anderen Gegenden der Stadt werden Blitzeinschläge gemeldet, bei denen aber, wie unsere Ermittlungen ergeben haben, kein nennenswerter Schaden angerichtet wurde.

Für heute ist mit einer wesentlichen Änderung des gestern herrschenden Witterungscharakters kaum zu rechnen. Bei wachsender Bewölkung und ziemlich kühlem Wetter sind im Laufe des Tages vereinzelte Regenschauer zu erwarten.

### Fälscherneß in Ostpreußen?

Feststellungen über die Herkunft falscher 50-Markscheine.

Vor kurzem tauchte in Berlin eine Fälschung der Reichsbanknoten zu 50 M. auf, deren Erkennungsmerkmale durch die Reichsbank bereits bekanntgegeben worden sind. Man glaubt jetzt festgestellt zu haben, daß diese Fälschungen aus einem ostpreussischen Fälscherneß stammen.

Am Jahre 1928 tauchten falsche Hundertmarkscheine auf. Diese ziemlich gut gelungenen Fälschungen wurden hauptsächlich in Ostpreußen, in Königsberg, Lüssi, Elbing, Osterode und Angerburg in Umlauf gebracht. Der Hersteller wurde damals nicht ermittelt, obwohl eine Belohnung von 6000 M. ausgesetzt war. Jetzt hat man nun festgestellt, daß Fehler in der Druckausführung der falschen Fünfzigmarkscheine und Eigenheiten in der Anfertigungstechnik der Druckplatten darauf deuten, daß der Fälscher jener Hundertmarknoten auch der der Fünfzigmarknoten ist. Um dem Hersteller den Abschlag seiner Fälschate zu erschweren, wurden damals von der Reichsbank gedruckte Warnungen mit Abbildungen der falschen Noten in Tausenden von Exemplaren an die Besitzer

offener Geschäfte in ganz Ostpreußen verteilt. Die Folge war, daß der Fälscher sofort die Herausgabe der falschen Hundertmarknoten einstellte, nachdem es ihm gelungen war, eine erst verhältnismäßig geringe Anzahl in den Verkehr zu bringen. Wie sich jetzt zeigt, hat er die Herausgabe wohl eingestellt, nicht aber seine Fälschertätigkeit. Er hat die inzwischen verstrichene Zeit dazu benützt, um die Fünfzigmarkscheinprägung herzustellen. Die ersten Stücke hat er wieder in Ostpreußen, und zwar in dem Städtchen Osterode, ausgegeben. Dann ist er nach Berlin gefahren. Aus allem ist also mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Fälscher auch jetzt noch in Ostpreußen wohnt. Die in Berlin angehaltenen Fälschschneide sind in Geschäften, am Fahrkartenschalter des Bahnhof Friedrichstraße und in einer Lötstube am Kurfürstendamm in Zahlung gegeben worden. Es ist anzunehmen, daß der Hersteller seine Scheine auch persönlich und nicht durch Mittelsmänner in den Verkehr bringt. Er muß Ende April demnach zu Besuch in Berlin gewesen sein. Mitteilungen aus dem Publikum, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, werden an Kriminalkommissar von Liebermann, Alte Leipziger Straße 16, erbeten.

### Zeppelin in Nequatornähe.

Die Kapverdischen Inseln passiert.

Gracia (Kapverdische Inseln), 21. Mai.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute abend 6 Uhr 5 Minuten Ortszeit die Stadt überflogen und Post abgeworfen. Es hat nunmehr über die Hälfte des Weges zwischen Spanien und dem nächsten Punkt der brasilianischen Küste zurückgelegt.

Friedrichshafen, 21. Mai.

Ein beim Luftschiffbau Friedrichshafen eingegangener Funkpruch von Bord des „Graf Zeppelin“ teilt mit, daß das Luftschiff um 18.15 Uhr mitteleuropäischer Zeit die Kapverdischen Inseln passiert hat.

Hamburg, 21. Mai.

Nach Meldung der Homburg-Amerika-Linie befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 14 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf 19 Grad 5 Minuten nördlicher Breite und 22 Grad westlicher Länge. Es flog in 500 Meter Höhe im Nordost-Passat bei heiterem Wetter.

Hamburg, 21. Mai.

Das Seeflugreferat der Deutschen Seemarine veröffentlicht einen Bericht über die Wetterlage auf der Flugroute des „Graf Zeppelin“, den folgendes zu entnehmen ist: Zwischen den Kapverdischen Inseln und dem Äquator liegt eine tropische Tiefdruckrinne, in der an der Grenze von Nordost- und Südostpassat Regenfälle niedergehen. Der Wetterlage an der südamerikanischen Küste gibt ein umfangreiches Hochdruckgebiet das Gepräge, das mit Barometerständen von über 770 Millimeter über dem südlichen Brasilien liegt. Durch eine Brücke hohen Drucks ist es mit dem südostasiatischen Hochdruckgebiet verbunden, das südöstlich von Fernando Noronha erkennbar ist. Im Amazonas-Becken herrscht tiefer Luftdruck. Da das südbrasilianische Hochdruckgebiet östwärts wandert und infolgedessen die Luftdruckgegenläufe sich verschärfen, wird im Raum von Fernando Noronha bis Bahia der Südostpassat auffrischen.

### Für die Liste „Schulaufbau“.

Heute ist der letzte Tag, an dem die Listen für die Elternbeitragswahlen vom 1. Juni eingereicht werden können. Die Liste, die in ihrem Programm eine fortschrittlich staatsfreie Erziehung unserer Kinder gewährleistet, heißt „Liste Schulaufbau“.

Wir erhalten eine Zuschrift von einer Mutter, die einer vorbereitenden Versammlung zur Elternbeitragswahl in der 178. Gemeindefschule in der Ebersmader Straße 10 beimohnt. Da heißt es: „Zu meinem Bedauern sprach niemand für die Liste „Schulaufbau“, und der Versammlungsleiter, ein Studienrat, sprach sich mit den anderen Teilnehmern für eine Einheitsliste aus. Der Lehrer stimmte dem zu, und unter dem Titel „Christlich-ungestrichelt“ wurden sechs Männer und eine Frau für den sogenannten Einheitsvorschlag gewählt. Es gibt wohl unter den Professorenn noch zu viele, die sich betören lassen.“ Man kann dem nur zustimmen. Pflichtvergessenheit, gerade wenn es sich um unsere Kinder handelt, ist ein Vergehen, das sich bitter rächt. Darum ist in diesen letzten zehn Tagen vor der Wahl Propaganda für die Liste „Schulaufbau“ unabweisbare Pflicht.

In diesem Zusammenhange ist auch folgende Zuschrift von Interesse: „In einer höheren Schule in Wilmersdorf waren die Religionsstunden aufs Wochenende gelegt. Katholische, jüdische und vom evangelischen Religionsunterricht abgemeldete Kinder waren so Sonnabends um 10 Uhr frei, was vielen Eltern zur Veranstaltung von Wochenendausflügen hochwillkommen war. Pöblich griff aber der Pfarrer ein, und gehorham baute die Schule den Stundenplan um und belegte die Sonnabendsstunden mit Fächern, die nicht versäumt werden können. Anstatt aus der Großstadt in die freie Luft der Wälder und Seen zu kommen, müssen die Knaben und Mädchen jetzt in der Schule hocken!“

### Konzertagentur gegen Sängerin.

Uebertriebene Provisionsansprüche.

Vor der 26. Zivilkammer des Landgerichts I wurde der Forderung der Internationalen Konzert-Vertriebs-G.m.b.H. Franz Kufrecht gegen die Kammerjägerin Elisabeth Reihberg verhandelt.

Gegen Elisabeth Reihberg, gegen die als Mitglied der Metropolitan-Oper in New York während ihres Dresdener Gastspiels kürzlich unter Aufsehen erregenden Umständen ein Haftbefehl vollstreckt wurde, schwelbt seit Jahren ein Rechtsstreit der Konzertdirektion, der sich aus Vertragsstreitigkeiten und strittigen Provisionsforderungen entwickelt hat. In dem gestrigen Termin, in dem die Klägerin durch Rechtsanwalt Kufrecht vertreten wurde, während für die Kammerjägerin Rechtsanwält Bergmann erschienen war, handelte es sich darum, ob der persönliche und dingliche Sicherheitsarrest, der in Dresden auf Grund eines Beschlusses des Berliner Landgerichtes vollstreckt worden ist, aufrecht zu erhalten sei. Frau Reihberg will den Nachweis erbringen, daß die Unterlagen, die Kufrecht zu seinen Forderungen herangezogen hat, willkürlich und zum Teil falsch gewesen sind. Er habe direkt phantastische Summen zu seinen Gunsten errechnet, so z. B. Gastspiele in amerikanischen Städten angeführt, in denen Frau Reihberg niemals gelungen habe. Der Vertreter Elisabeth Reihbergs bemängelte, daß das Gericht von dem Kläger keine Hinterlegung verlangt habe. Auch für den dinglichen Arrest hätte kein Grund vorgelegen, denn Elisabeth Reihberg sei fast jedes Jahr nach Deutschland gekommen, brächte jedesmal ihre wertvolle Theatergarderobe und ihren Schmuck mit, unterhalte ein Bankkonto in Deutschland und hätte hier vorher über ihre Einnahmen aus den deutschen Gastspielen u. a. nicht verfügt. Für diese Behauptungen brachte der Rechtsanwalt eidstattliche Versicherungen der Kommer-



Mit einem leisen Lächeln erwiderte er: „Sie vermuten ganz richtig. Ich bin kein tüchtiger Mann. Deshalb bin ich auch über den Postmeister nicht hinausgekommen, obwohl ich studiert und auch sonst eine gute Vorbildung genossen habe. Ich bin nicht avanciert, alle Unteroffiziere und Kontoristen überholen mich. Ich habe den Drang und die Fähigkeit, Karriere zu machen, verloren.“

Seine Aukerer konnten, um Sebewohl zu sagen. Ihr Gang erinnert an den der norwegischen Fischer. Auf kurzen Beinen watscheln sie daher, schieben ihre breiten, ebendoltschwarzen Oberkörper sozusagen vorwärts. Ich lasse ihnen einige kleine Belohnungen geben und zolle ihnen ein paar anerkennende Worte für ihre Tüchtigkeit — so gut ist es in der Balangosprache kann. Einer Schmeichelei kann kein Balango widerstehen. Denn sie ist seine stärkste Waffe. Und wenn man ihm die aus der Hand windet, ist er völlig wehrlos. Ganz betreten stehen die Männer nebeneinander und puffen sich verlegen in die Seite; einer sucht sich hinter dem andern zu verstecken. Dann rennen sie watschelnd zu ihrem Boot zurück. Und bald wird ihr schöner, starker, mehrstimmiger Gesang immer leiser:

Uää, Uää, stark bist du stark wie der Tod!  
Niemand kann dich fesseln, niemand dich peitschen, stark bist du wie der Tod!

„Wie gesagt“, wiederholte der Postmeister, „ich betrachte die Reste meiner selbst mit so vorurteilsfreiem Interesse, daß ich Ihnen ohne viel Ueberwindung zugestehen kann, daß ich kein tüchtiger Mann bin. Wenn meine Sprache Sie peinlich berührt, so bitte ich, es mir zugute zu halten, daß ich völlig aus der Gewohnheit, mit Weißen zu reden, heraus bin — wie ich sogar schon fast verlernt habe, meine eigene Sprache

mündlich zu gebrauchen. Ich vermirre mich so leicht in ihrem Gewebe, gerade jetzt zum Beispiel — Sie werden es kaum glauben — ertappte ich mich dabei, in der Sprache der Eingeborenen zu denken und dann zu übersehen.“

In meiner ersten Zeit hier, als ich noch eine werdende Kraft war, führte ich jeden Abend Selbstgespräche. Seit ich Frau und Kind habe, rede ich natürlich so, daß sie es verstehen.“

„Gestatten Sie mir, Ihre Familie zu begrüßen, Herr Postmeister?“

Die Frau ist ein recht ordinäres Balangoweib, mit flachem Gesicht, einem breiten, glänzend schwarzen Oberkörper, kurzen Beinen und breiten, plumpen Füßen. Ein Paar funkelnder Augen, von langen Brauen beschattet, beleben die starren Züge. Sie ist gekleidet, wie die Haushälterinnen der Weißen es im allgemeinen zu sein pflegen: in ein Tuch, das ein paarmal um den Körper gewickelt ist und bis zu den Knien reicht. Sie läßt den Jungen los. Er ist europäisch gekleidet. Nachdem sie mich begrüßt hat, lauert sie sich draußen auf der Veranda nieder. Der Knabe, ein hellbrauner, prächtiger Junge, mit Augen, die goldig erstrahlen, und langem lockigem Haar, klappert augenblicklich an seinem Vater hinauf und nimmt ihn damit in ungeteilten Besitz. Um den Kleinen zum Sprechen zu bringen, muß ich ihn erst mit Zwieback und Eingemachtem bestechen. Aber trotzdem erklärt er nur, sein Vater sei der größte und beste Mensch in der Welt, und von zwei Weißen auf der Station sei der eine zuviel. Der letzte Weiße, der hier gewesen war, habe seinem Vater nur Böses getan.

Als die Familie des Postmeisters sich zurückgezogen hatte, sagte ich: „Sie erwähnten, daß Sie einmal eine Kraft gemessen wären. Wann hörten Sie auf, das zu sein?“

„Habe ich mich wirklich so ausgedrückt? Lassen Sie mich ein wenig nachdenken. — Reden wir jetzt ganz privat? Ja-mohl! — Ach, wie gut es tut, wieder einmal seine eigene Sprache zu reden, frei von der Leber weg. Der Branntwein macht mich nur etwas unsicher. — Ja, gewiß trinke ich! Un-aufföhrlich!“

Ja, ich war ein Mann mit einer Zukunft, bis ungefähr zu der Zeit, wo mein Sohn geboren wurde. Eigentlich war es meine Frau, die die Aenderung bewirkte. Lächerlich, werden Sie denken, doch solch ein plattfüßiges Affenweib mit seiner Brut einen Mann der herrschenden weißen Rasse aus der Bahn werfen kann! Erlauben Sie mir zuvor, meinen Werdegang kurz zu erläutern. Ich betrieb philosophische und

nationalökonomische Studien und machte gute Fortschritte. Pöblich wurde ich durch Umstände, die hier ohne Belang sind, außerstande gesetzt, meine Studien an der Universität weiterzuführen. Ich reiste hierher, wo ich im Laufe eines knappen Jahres zum Vorstand einer der größten Stationen aufstieg. Ich übertraf die kühnsten Erwartungen, und meine Amtskollegen sahen in mir bereits den künftigen Borgelegten. Doch war ich gegen die Eingeborenen keineswegs grausamer als die meisten Weißen, wenigstens nicht persönlich. Ich selbst schlug nicht mehr, als man zu schlagen pflegt, und meine Fußtritte wurden nicht sonderlich böseartig angebracht. Auch bei den Ausspeisungen hielt ich mich nur an die Vorschriften. Wie Sie wissen, gestatten diese allerdings eine recht gründliche Behandlung, die in ihrer eindringlichsten Form durch Haut und Knochen bis auf die schwarze Seele durchgreift, wenn die überhaupt vorhanden ist.

Ich wandte nur die Methode an, die jeder strebsame Mann hier ausübt und die man am treffendsten mit indirekter Zwangsanwendung bezeichnet. Es gibt keinen Häuptling und noch natürlicher keinen gewöhnlichen Eingeborenen, der sich nicht der Ueberretung irgendeines Paragraphen der Strafgesetzgebung schuldig gemacht hat, weil sie ihm meist überhaupt nicht bekannt sind. Und würde er sie kennen, so müßten sie ihm als unbegreifliche Paradoxe erscheinen, weil sie von seinen Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit himmelweit abweichen. Wollen nun die Eingeborenen außer der Arbeit, die ihnen gesetzmäßig auferlegt ist — und die an und für sich auch genügt, um einen Mann zu erledigen — nicht auch noch freiwillige Arbeit verrichten, die der persönlichen Ehrgeiz des Stationsleiters ihnen diktiert, weil er sich dadurch bei seinen Borgelegten hervortun kann, so droht man mit strenger Anwendung des Strafgesetzes. Um den Widerspenstigen gleich eine gründliche Lehre zu geben, stellt man rasch eine kleine Militärexpedition zusammen, wobei eine passende Anzahl Eingeborener niedergeschossen wird.

Bei etwas Uchsamkeit kann man sich dabei sehr wohl innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten.

Schon nach ein paar Jahren war meine Station muster-gültig geworden. Bis weit über die Grenzen des Bezirks hinaus erwähnte man sie lobend. Gebäude wurden aufgeführt, Wege ausgebaut, Plantagen angelegt. Die Steuern strömten nur so ein. Ich konnte mir berechnete Hoffnungen machen, bei Schluß meiner Vertragszeit hübsche Prozente ausbezahlt zu bekommen.

(Fortsetzung folgt.)



# Heute, Donnerstag, abend müssen die Kandidatenlisten beim „Schulbau“!

Wahlvorstand eingereicht sein. An jeder Schule eine Liste

fängerin und des Privatsekretärs bel. Der Anwalt ging dann auf die persönlichen Verhältnisse der Internationalen Konzertbetriebs-G.m.b.H. aufrecht ein und betonte, daß dieses Unternehmen völlig vermögenslos sei. Er legte dem Gericht ein Protokoll vor, daß die Firma am 1. Mai 1929 den Offenbarungseid geleistet habe. In dem Vermögensverzeichnis seien zwei uneinbringliche Forderungen benannt, die Forderung an die Kammerfängerin Reichberg sei aber nicht erwähnt. Der Verband konzertierender Künstler Deutschlands habe in einem Rundschreiben vor diesem Unternehmen gewarnt und laut Auskunft der Abteilung II des Polizeipräsidiums Berlin habe sie niemals Konzession gehabt.

Nach weiteren Rechtsausführungen der beiden Parteien, setzte der Vorsitzende zur Entscheidung der Angelegenheit einen Verkündungstermin auf den 28. Mai fest.

## Der Pelzschwindel der „Roten Fahne“.

Wieder eine Strafe für das Verleumderblatt.

Der Beleidigungsprozess der Stadträtin Genossin Wegl-„Rote Fahne“ konnte gestern zu Ende geführt werden. Der Tatbestand ist aus der ersten Verhandlung noch in Erinnerung. Die „Rote Fahne“ hatte im Zusammenhang mit der berühmten Skandalkorruptionsaffäre behauptet, die Stadträtin Wegl habe sich aus den Beständen des KBO. einen Opfumpelz gemahlt und zudem vergessen, ihn zu bezahlen. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung sollte durch die Zeugen Frau und Herrn Navarra geführt werden. Navarra, der frühere Leiter der KBO., wählte nur zu sagen, daß Frau Wegl eines Tages in der KBO. erschienen sei und Opfumpelz für einen Mantel gewünscht hätte. Seine Frau hätte darauf aus ihrem eigenen Besitz einige Fellstücke an Frau Wegl abgetrennt. Der Preis dieser Felle wäre ungefähr 30 M. gewesen, die Zahlung sei nicht erstattet worden. Frau Navarra bestätigte diese Aussage ihres Mannes. Frau Wegl erklärte dagegen, Opfumpelzen von Frau Navarra nie erhalten zu haben und die von ihr gestellten Zeugen, die Leiterin der Wohlfahrtsstelle am Polizeipräsidium, Fräulein Dittmer, und die von ihrer sozialen Arbeit gut bekannte Frau Birnbaum und Frau Bronsht bestätigten, daß Frau Wegl nie einen Opfumpelz getragen habe. Rechtsanwalt Dr. Cohn führte als Vertreter der Nebenklägerin mit Recht aus, daß den Bekundungen von Frau und Herrn Navarra nicht zu trauen sei. Beide hätten allen Grund, dem Magistrat, also auch seinen Beamten, gram zu sein. Herr Navarra ist der Ansicht, daß er durch die Schuld der Stadt brotlos geworden sei. Frau Navarra hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, während das Verfahren schon schwedte, Frau Wegl zu veranlassen, sich für ihren Mann einzusetzen und ihm zu einer neuen Anstellung bei der Stadt oder wenigstens zu einer Unterstützung zu verhelfen. Frau Wegl hat es abgelehnt, etwas in dieser Richtung zu unternehmen, da sie mit der ganzen Sache nichts zu tun habe.

Das Gericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Frau, zu 300 M. Geldstrafe.

## Schulungsarbeit der Jungsozialisten.

Auf der Gaukonferenz der Jungsozialisten des Gaues Berlin-Brandenburg, die am Sonnabend und Sonntag in Klein-Köris bei Königswusterhausen stattfand, hielt Genosse Dr. Fritz Lewy, Breslau, ein großes allgemeines politisches Referat über das Thema „Sozialdemokratie und Staat“. In den anschließenden, organisatorischen Besprechungen wurde beschlossen, ein mitteldeutsches Jungsozialistenreffen im Sommer zu veranstalten. Auf die in die Reichsausdehnung der Jungsozialisten zu Pfingsten in Probstzella (Thüringen) anschließende Schulungswoche wurde besonders hingewiesen. Dort halten die Genossen Dr. Otto Suhr, Dr. August Siemsen und Hans Vogel Referate über die Probleme der Wirtschafts-, Klassen-, Staats-, Parteistruktur mit ihren Wandlungen in der letzten Zeit in Deutschland. Redungen sind bis zum 31. Mai an die Reichsleitung der Jungsozialisten, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu richten.

## Wohnungsnot und Sittlichkeit.

Unter dem Vorh. von Ministerialdirektor Dr. Dietrich beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit mit diesem so aktuellen Problem. Nachdrücklich wurde von Dr. de Laporte darauf hingewiesen, daß die Wohnungsnot an sich keine bloße Nachkriegsercheinung sei, sie besteht vielmehr überall dort, wo Menschen nicht mehr in einer unseren Kulturansforderungen entsprechenden Weise so untergebracht werden, daß ein gesundes, sittlich einwandfreies Familienleben möglich ist. Außerst bedenklich sind die Auswirkungen einer überfüllten Wohnung und das enge Zusammenwohnen in Mietklosterneinrichtungen auf die sittliche und seelische Gesundheit. Nach neueren Forschungen sind die Einwirkungen des Milieus weit bedeutungsvoller, als man früher anzunehmen geneigt war, und eine Verschlechterung von Konstitution und Charakter erscheint schon heute fastlich nachweisbar. Da besonders dem Großstadtmenschen oft die heilende Wirkung der Natur fehlt, gehen weithin die tiefsten metaphysischen Zusammenhänge des Lebens verloren. Es entsteht das Gefühl der Vereinsamung und gleichzeitig ein äußerst egoistisches Abschließen der Menschen untereinander. Damit aber sind die sittlichen Grundlagen einer gesunden Selbstverwaltung und Demokratie, die freie und unabhängige Staatsbürger voraussetzt, auf das Bedenklichste gefährdet. Die Steinwüste der Großstadt ist eine Brutstätte sozialer Elemente, und das starke Ueberhandnehmen nervöser Erkrankungen, des Geburtsrückganges und anderer degenerativer Krankheitserscheinungen unseres Volkes haben ihren Grund weithin in den Wohnungsverhältnissen der Gegenwart. Nur eine Unterbringung jeder Familie im gesunden Eigenheim und eine grundlegende Reform unserer Bodengesetzgebung kann die Voraussetzung für die Erhaltung unserer Kultur auf biologisch einwandfreier Grundlage sein.

## Mit dem Tode bezahlt!

Am Mittwochnachmittag ist im Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße der Wählerge Kaufmann Willi Preuß, der am Tage zuvor in der Immanuelstraße auf den Geldbriestträger Scheuer einen Raubüberfall versucht hatte, seinen schweren Verletzungen, die er sich bei seiner Festnahme durch einen Schuß beigebracht hatte, erlegen. Preuß betrieb in der Elbinger

Straße ein Radlogeschäft, das aber in letzter Zeit sehr schlecht ging. Mehrfach mußten ihn seine Verwandten deshalb mit kleineren Beträgen ausbessern. Die ewige Geldkalamität und seine Schulden haben Preuß dann wohl zu der unüberlegten Tat getrieben. An seine Vernehmung im Staatskrankenhaus war nicht zu denken, da Preuß bis zu seinem Ableben bewußtlos daniederlag.

## Ein Rechtsanwalt unter Anklage.

Er brauchte monatlich 2500 Mark zum Leben.

Anwälle beschäftigen zur Zeit sehr stark die Öffentlichkeit. Erst vor wenigen Tagen erfolgte der Selbstmord des Berliner Rechtsanwalts Neumond; die veruntreuten Gelder gehen in die Hunderttausende. Unmittelbar darauf kam aus Breslau die Nachricht von Verhaftungen zweier Anwälte... Am Dienstag hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Rechtsanwalt H. wegen Betruges in zwei Fällen zu verantworten.

H. übte seit 1926 in Berlin eine Anwaltspraxis aus. Sein Monatseinkommen betrug über 1000 Mark. Aber er hatte Schulden, die im Jahre 1929 auf 60 000 Mark angewachsen waren. Woher die Schulden? Eine befriedigende Antwort konnte der Vorsitzende auf diese Frage nicht erhalten. Er habe nie eine Karte angerührt, behauptet der angeklagte Anwalt, er habe eine gutbürgerliche Existenz geführt; 2500 Mark monatlich ließ er sich seinen Haushalt auch dann noch kosten, als er das Geld dazu nicht mehr besaß. Worauf er gehofft habe, fragt der Vorsitzende. Er habe mit der Erbschaft von seinem Vater gerechnet, — der Bruder hat sie verwirrwirrt. Er habe auf die Entwicklung seiner Anwaltspraxis gebaut — die wollte aber nicht recht gehen; auch auf die zu erwartende Erbschaft seiner Frau habe er spekuliert — der Schwiegervater, ein Berliner Kommerzienrat und Willensbesitzer, dessen Geschäfte bergab gingen, dachte aber gar nicht daran, das Zeigige zu segnen. Die Gläubiger drängten, die Freunde, die ihn bisher mit Geld versorgt hatten, riefen einen Gläubigerauschuß ins Leben, eine Dringlichkeitsliste in Höhe von 18 000 Mark wurde aufgestellt, eine Sanierungsoption verfaßt — es wurde aber daraus nichts, da immer wieder Forderungen einkaufenden, die der Angeklagte längst gelöst glaubte. Er ließ sich auf dunkle Geschäfte ein, fiel Bucherern in die Hände, wurde von seinen Gläubigern immer härter bedrängt und verschwand eines Tages aus seinem Büro. Auf Anraten seines Verteidigers Dr. Müller-Strohmeyer stellte er sich der Polizei, und im Gefängnisstrankenhaus fand er für seine tranken Nerven Genesung. Als er nach fünf Monaten die Untersuchungshaft verlassen sollte, widersetzte er sich dem mit allen Kräften. Sein Verteidiger drang aber darauf, daß er die Anwaltspraxis wieder aufnehme. Er übt sie heute bereits aus und verdient 200 Mark monatlich.

Was wurde ihm aber zur Last gelegt? Ein Gläubiger, eine Jugendfreundin, die ihm etwa 20 000 Mark geliehen hatte, brauchte notwendig 1000 Mark. Sein Mitangeklagter B. versprach sie ihm auf einen Wechsel hin zu besorgen. Er stellte ihnen solchen auf 2500 Mark aus — 500 Mark davon sollte B. erhalten. Der Geldgeber fragte bei ihm als Abgeplanten an, ob der Wechsel sicher sei; er sagte: „Natürlich, ich bin Anwalt!“ und hatte in Wirklichkeit doch nichts außer Schulden. Der zweite Betrugsfall betraf ein Börsentermingeschäft. Der Jüder, um den es sich dabei handelte, fiel im Preise. H. mußte den Unterschied decken und stellte einen Wechsel aus. Natürlich war auch der nichts wert.

Das Gericht sprach den Rechtsanwalt auf Kosten der Staatskasse frei. Es hat angenommen, daß ihm betrügerische Absichten ferngelegen haben und daß er immer noch gehofft hat, auf irgendeine reddliche Weise zu Geld zu kommen. Das Gericht habe diesem Betrugsfall gegenüber Nachsicht gelübt...

## Der Mörder von Wölfelsgrund verhaftet.

Glag, 21. Mai.

Der Mord an der Berlinerin, Frau Wölfel, in Wölfelsgrund hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Am Mittwoch fiel einem Polizeiwachmeister durch scharfes Benehmen ein verdächtiger Mann auf, der schließlich die Flucht ergriff. Der Beamte nahm mit seinem Hund die Verfolgung auf. Die Jagd ging über Hecken, Büsche und Mauern. Schließlich wurde der Verdächtige von dem Hund gestellt und festgenommen. Es handelt sich um einen entführten Zuhälter aus der Strafanstalt Wollau, der sich durch den Raubmord Geld verschaffen wollte. Der Mörder, der über seiner Sträflingskleidung Zivilkleider trug, wurde in das Gerichtsgefängnis in Glag eingeliefert.

# Funkwinkel.

„Wir feiern Walthers von der Vogelweide“, erinnerte Reichstagsmarschall Dr. Redlob. Leider feiern wir diesen vor 700 Jahren verstorbenen größten deutschen Lyriker neben Goethe nicht einheitlich in ganz Deutschland, sondern an den verschiedensten Orten, die ihn aus irgendeinem Grunde für sich reklamieren als eine Art Lokalberühmtheit. Da war es gut, daß der Rundfunk wenigstens eine — leider sehr ungünstig gelegene — halbe Stunde zur Verfügung hatte, in der aus beruflichem Munde auf die Bedeutung dieses Dichters hingewiesen wurde, dessen Verse noch heute so lebendig wirken in ihrer Zartheit, ihrem Humor, ihrer Liebe zu Volk und Heimat. Walthers von der Vogelweide gehört als Dichter zu Norddeutschland wie zu Oesterreich. — Staatsanwalt und Verteidiger: Oberstaatsanwalt B. Köhler und Rechtsanwalt Dr. Apfel unterhielten sich über einige Fragen der modernen Rechtspraxis. Man kann — in diesem Vortrag — zu anerkannter Uebereinstimmung: Recht sprechen erfordert genaue Kenntnis nicht nur des Straffalles, sondern der daran beteiligten Menschen, und es ist menschliche und richterliche Pflicht des Staatsanwalts, möglichst außerhalb der Gerichtssitzungen sich mit ihnen vertraut zu machen. — Ueber das Zwiegespräch zwischen Geheimrat Prof. Dr. Julius Wolf und Dr. Hermann Muckermann über den § 218 wird an anderer Stelle noch ausführlicher berichtet werden. — Am Abend wurde Waldemar von Bauynerns symphonische Legende „Himmlische Orgel“ — nach einem Märchen von Wolfram von Eschenbach aus Breslau übertragen. Ein stimmungsvolles, fast vollständig einfach wirkendes Werk. — „Eine Stunde bei Frisch Kötter“ am Nachmittag zeigte, daß ein Schloßherrenwörterbuch zuweilen auch erusthaft nachdenkliche Verse schreiben kann. —

## Die Geschäfte der Beamtenbank.

Nur 50 000 Mark aus dem Millionen-Bildergeschäft.

Die zusammengebrochene Bank für Deutsche Beamte benachrichtigt ihre Gläubiger, daß nach der Liquidationsbilanz vom 24. Januar 1930 die Vergleichsforderungen 11,26 Millionen Mark betragen. Der Gesamtverlust beträgt 8 Millionen Mark. Zur Befriedigung der Gläubiger sind Lußenstände von etwa 4 Millionen Mark innerhalb zwei Jahren einzuziehen, dazu kommt ein wahr-scheinlicher Erlös von 200 000 M. aus zu verkaufenden Grundstücken und Hypothekendarlehen; den Erlös der mit Millionenbeträgen beliehenen Bilder schätzt man auf 50 000 M. (!) Von den 4 Millionen Lußenständen wurden bisher 1,2 Millionen Mark flüssig gemacht (aus von der Spar- und Kreditanstalt übernommenen Darlehensraten, einer Ratenzahlung des Michael-Konzerns, der Realisierung von Grundstücken und Hypotheken und aus dem Verkauf des Bankinventars). Die erste Abschlagszahlung von 10 Proz. erfolgt nach langer Verzögerung Mitte Mai. Eine zweite Quote zwischen 8 und 15 Proz. wird vor Weihnachten versprochen. Die Eingänge aus der Anteilerhöhung (buchmäßig 5,4 Millionen, erwartet wird ungefähr die Hälfte) sind durch die von vielen Genossen erhobene Richtigkeitsklage bedroht. Gegen die sich weigernden Genossen wollen die Liquidatoren mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen.

## Calmette-Opfer auch in Ungarn?

Budapest, 21. Mai.

Die Zeitung „Az Est“ berichtet, daß das Calmette-Verfahren auch in Ungarn mehrere Todesopfer gefordert habe. In dem Kinder-Spital von Neu-Pest wurde, so besagt die Meldung des Blattes, vor einiger Zeit das Verfahren veruchsweise eingeführt, vor zwei Monaten jedoch wegen mehrerer Todesfälle, die sich bei geimpften Kindern ereignet hatten, eingestellt. Die Aufmerksamkeit der Ärzte wurde durch den Tod des siebenten Kindes eines tuberkulösen Arbeiterpaares auf die Calmette-Impfung gelenkt. Dieses Kind wurde wegen der Tuberkulose der Eltern sofort nach seiner Geburt mit dem Calmette-Serum geimpft, worauf es gestorben ist, während die übrigen Kinder des Arbeiterpaares, die keine Impfung erhalten hatten, alle am Leben sind. Die vor zwei Monaten durchgeführte bakteriologische Untersuchung der Leiche des Kindes ergab, daß als Todesursache das Calmette-Verfahren in Betracht komme. Nach diesen Feststellungen seien auch andere Kinderleichen obduziert worden, bei denen seinerzeit das Calmette-Verfahren angewandt worden sei.

Das „Offene Singbuch“ wird Donnerstag, 20 Uhr, vom Jugendamt Schöneberg und von der Volkshochschule der Musikantengilde veranstaltet. Sie findet unter Leitung von Prof. Fritz Schöe in der Hohenzollern-Oberrealschule, Berlin-Schöneberg, Belgier Str. 49-51, statt. Eintritt 50 Pf.

Weiterauskünfte für Berlin. West waldig; mit Neigung zu lokalen Gewitterregen, wenig veränderte Temperaturen, schwache Winde aus nördlichen Richtungen. — Für Deutschland. Im größten Teil des Reiches waldig, noch einzelne Regenschauer oder Gewitter. Temperaturen nirgends wesentlich verändert.

## Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

- Einladungen für diese Nacht nur an das Jugendsekretariat Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
- „Der rote Schüler“ Nr. 3 ist umgehend abzuholen. Die Mitglieder der Volksbühne und interessierte Genossen gehen heute in die
  - Professorenversammlung der Sonderabteilungen der Volksbühne am 19. Mai pünktlich im Saalbau „Märchenbrunnen“ am Friedrichshain. Es gilt die große Kulturereignischarakter der Berliner Arbeiterjugend nicht in partikularem Interesse zu betrachten, sondern morgen, Freitag, 18 Uhr, im Soziatag.
  - Heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr:
    - Gemeinschaftshaus: Schule Köpenicker Str. 136: Funktionärskomm. —
    - Oranienburger Tor: Schule Elisabethstr. 19: „Politische Tageszeitung“.
    - Kranenburger Platz II: Beim Hakenburger Str. 16: „Die Frau und der Sozialismus“.
    - Reinholdstr. 1: Schule Sonnenburger Str. 20: 10-Minuten-Referate.
    - Köpenicker Str. 12: Beim Döberitz Str. 42: Letzter Abend. —
    - Stralauer Viertel: Schulen in Treptow, Wl. 11: Köpenicker Viertel: Schule Wangelfir. 12: „Tagespolitik“.
    - Köpenicker Str. 12: Beim Wl. 11: „Die Arbeiterbewegung“.
    - Schöneberg III: Beim Hauptstr. 15: Letzter Abend. —
    - Wilmersd. 11: Beim auf dem Sportplatz Wilmersd. „Fahrtien- und Landkassenspieler“ (Wahlbilder).
    - Schöneberg-IV: 4. Volkshaus, Dahlem, Kanstr. 7-9: Arbeiterjugend und Korpulentur.
    - Reinholdstr. 1: Beim Selbstbräu: „Der so. Mensch in seinen Beziehungen zur G.S.“.
    - Wilmersd. 11: Beim Reinholdstr. 15: „Mussolini, Benito, der Führer, Führer“.
    - Schöneberg: Schule Berliner Str. 19: „Gegenwartige“ 1. Teil.
    - SW. 68: Völkchenberg: Beim Schornsteinstr. 29. 19 Uhr: „Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft“.
    - Reinholdstr. 1: Beim Selbstbräu: „Kommunistische Erscheinungen aller Sozialisten dringend notwendig. Beschlüsse sind mitzubringen.“
    - Reinholdstr. 1: Beim Selbstbräu: „Arbeiterjugend beschließt Genossen können heute zwischen 19 und 21 Uhr nach dem beim Reinholdstr. 1, nur Vorbereitung des Vortrags.“
    - Reinholdstr. 1: Beim Selbstbräu: „Wichtige Sitzung des W.-B.-Auslasses mit den A.-Leitern zur Reorganisation der Abteilungsstellen im Parteibüro, jeder bringt einen Bericht mit.“
    - Reinholdstr. 1: Beim Selbstbräu: „Sitzung 16 Uhr pünktlich (nicht 20 Uhr) im Heim Guntzstr. 44. — Morgen W.-B.-Mittagessenversammlung ebenfalls, Beginn 20 Uhr. Bericht von der Reichskonferenz. Erscheinung Pflicht.“

## Briefkasten der Redaktion.

Kolleg. Von dem Patentanwalt können Sie für das durch seine Schuld in Verlust geratene Wobbel Schödenwerk fordern. — P. B. B. 11. Sie können die Übertragung der Forderung selbst vornehmen lassen und die dadurch entstehenden Kosten von dem Akteur erstattet verlangen. Sollte er Zahlung ablehnen, so muß er verklagt werden.

Landhaus und Garten. In jedem Jahr zeigen Friedmann u. Weber, Friedrich-Ebert-Str. 10, neue Wege moderner Heimgestaltung. Die reiche Erberlaune künstlerisch schaffender Hände, unbeschwert vom Redentist, hat auch in diesem Jahre wieder ein kleines Dorado aufgebaut. Durch einen Hausgarten gelangt man in eine Wohndiele im englischen, herrschaftlichen Stil gehalten; schlichte, große Möbel, Beleuchtungskörper und der traditionelle Kamin; anschließend geht es in einen kleinen, erotischen Wintergarten, in dem sich eine zusammenhängende Hausbar etabliert hat. Das Wohnzimmer ist ländlich-bäuerlich gehalten, mit lustigem Gefährt, Bauernmöbeln und bunten Vorhängen, während das Bouboir die lapriziose, französische Art darstellt. Herren- und Fremdenzimmer sind wiederum ländlich dekoriert, man sieht allenthalben markwürdige Kunstvoll verarbeitete Einrichtungsgegenstände. So ein Leuchter aus einem Pferdegeschirr, ein Schirmständer aus einer Schiffsboje, originale Windlächer und Laternen; auch im Garten dominiert künstlerischer Humor. So ist eine richtiggehende Pferdetränke als Brunnenmischer, ein ausrangiertes Grabgitter als Brunnenerzierung, ein Kartort als Lichtbehälter verwendet worden.



# Groener fordert höhere Wehrausgaben.

## Kaiserliche Offiziere bei Reichswehrübungen, Soldatenmißhandlungen, Lohmann-Briefe.

Der Reichstag begann am gestrigen Mittwoch nachmittags die zweite Beratung des Reichswehrgesetzes.

Berichterstatter Abg. Stücken (Soz.) stellt fest, daß infolge der späten Einbringung des Etats genügend gründliche Beratung nicht möglich war. Wenn eine ganze Kaserne für ein paar hundert Mark verkauft wird, so erkennt man, daß die Kontrolle des Reichstags nicht hinreichend ausgeübt wird. Große Ersparnisse wären nur durch Verminderung der Kavallerie zu erzielen. Das Reichswehrministerium hat u. a. 122 Referenten — viel mehr als das jetzt größere Arbeitsministerium.

### Reichswehrminister Gröner

äußert sich zunächst über einige grundsätzliche Fragen: Die Behauptung von einem militärischen und angriffsstärkern Deutschland wird sogar in unserem eigenen Vaterland erhoben; da sie zum Rüstzeug unserer Gegner gehört, will ich darauf eingehen. Deutschland ist abgerüstet, seine Wehrmacht ist keine Angriffsarmee. (Rufe rechts: Weiber!) Die Friedensstärke Frankreichs und seiner Verbündeten beträgt etwa 1 121 000 Mann, ihre Kriegsstärke 2 650 000. (Hört, hört! rechts.) Dazu kommen riesige Zahlen von Flugzeugen, Tanks, Schweben und sonstigen Geschützen usw. Neuerdings erheben sich

erfreulicherweise auch in Frankreich viele und militärische Stimmen, die die Wehrlosigkeit Deutschlands tadeln. Ich darf annehmen, daß der neue Chef des französischen Generalstabs, General Bégnaud, den wir schon 1918 als einen zwar sehr scharfen, aber klugen und ritterlichen Gegner schätzen gelernt haben, seine große Autorität dafür eingesetzt hat, daß jene unbedenklichen und heuchlerischen Deklamationen von einer deutschen Gefahr verschwunden.

die seiner Wahrheitsliebe nicht angemessen sind. Trotz unserer Wehrlosigkeit stehe ich auf dem Standpunkt, daß alles geschehen muß, um gegen jede Bedrohung der Neutralität oder jeden Gebietsraub auftreten zu können, und uns gegen solche Vergewaltigung wehren zu können. (Sehr gut! rechts.) Denn sonst würde uns auch der Völkerbund nicht helfen. (Beifall Zustimmung rechts.) Wir müssen die uns verblichene Rüstungsmöglichkeit wirklich aus-schöpfen. (Zurufe der Kommunisten.) Das ist nur national. Und wenn Sie sich der Stimmen erinnern, die im Ausland für die Wehrhaftigkeit des Volkes gefallen sind — ich erinnere nur an Laurès, Masaryk und Stimson — so kann kein Zweifel bestehen, daß wir die Wehrhaftigkeit des Volkes erhalten müssen. Dazu bedarf es des Unterbaus in Familie und Staat. In Rußland, Frankreich, Italien, Polen und der Tschechei ist diese Vorbereitung geradezu vorbildlich. Denken Sie an die Erklärung Hoovers über die Ausbildungslocher für die freiwillige Truppen-vorbereitung in den USA.

Da wir abgerüstet sind, haben wir auch das Recht, die Abrüstung der anderen zu verlangen. (Sehr wahr!) In der Tat aber ist in der Abrüstung bis heute kein Fortschritt gemacht. Die bekannten Ausprüche von Lloyd George, Grandi, Paul Boncour und Daladier beweisen es. Jeder Fachmann weiß, daß Geheimrüstungen heute unmöglich sind. (Lachen der Kommunisten.) Deshalb sind Behauptungen, wie sie neuerdings wieder Poincaré aufgestellt hat, Unsinn. Unsere Heeresausgaben betragen 4 Proz. des gesamten Reichshaushalts, die französischen 27 Proz., die polnischen 20,3 Proz., die tschechischen 20 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung geben wir für das Heer 11 M., aus Frankreich 17,5 M., Polen 17 M. und die Tschechei 15,9 M. Trotz des teuren Berufsheeres verwalten wir unsere Wehrmacht billig.

In der Frage, ob auch die militärisch unstrittigen Möglichkeiten des Versailles Vertrags ausgenutzt werden sollen, meine ich, daß wir jede Möglichkeit ausnützen müssen, sobald sie einen Kräfte-zuwachs für uns bringt.

(Beifall Zustimmung rechts.) Das ist nicht einfach und stellt hohe Ansprüche an die Vorbildung des Offizierskorps und besonders des Offizierskorps.

Wie bisher werde ich allen Forderungsbefreiungen in der schärfsten Weise, aber ganz unparteiisch entgegenstreben. Durch die Angriffe der kommunistischen und der nationalsozialistischen Presse werde ich mich in keiner Weise in meiner Pflicht und Tätigkeit beeinträchtigen lassen. (Rufe der Kommunisten: Wir auch nicht! Lachen rechts.) Ueber die Haltung der Wehrmacht zum Staat habe ich so oft gesprochen, daß ich es nicht zu wiederholen brauche. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft ist ausgezeichnet. Die Vorgesetzten müssen persönliches Vorbild sein, unbedingter Gehorsam der Mannschaft ist die Vorbedingung jeder Wehrmacht.

Große Leistungen in Krieg und Frieden entstehen nur aus der inneren Verbundenheit von Führern und Truppen. So war es in der alten Wehrmacht, so ist es auch in der neuen.

Freundliche hilfsbereite Haltung gegenüber allen Schichten der Bevölkerung, unbedingte politische Neutralität und Zurückhaltung gegenüber uns, daß wir im Volke mehr und mehr eine feste, durch nichts erschütterbare Stellung einnehmen. (Ironischer Beifall der Kommunisten.) Offiziere und Soldaten sind durch ihren Beruf prädestiniert, sozial zu denken. (Heiterkeit links.) Deshalb haben sie auch kein überflüssiges Ständebewußtsein. Ich erwarte aber von jedem Angehörigen der Wehrmacht, daß er stolz auf seinen Beruf sei und überall, wo er auftritt, auch als Angehöriger der Wehrmacht erkennbar sei.

Das Verhältnis der neuen zur alten Wehrmacht ist immer besser geworden.

wie tun alles, um die Angehörigen der alten Wehrmacht für uns zu gewinnen und auch nur den kleinsten Riß zwischen beiden nicht eintreten zu lassen.

(Beifall rechts.) Deshalb habe ich mich auch entschlossen, zu den Herbstübungen Offiziere des alten Heeres einzuladen, damit sie sehen, daß wir unsere Arbeit durchaus im Sinne der Tradition fortsetzen, wie sie so gut im alten Heere vorhanden war.

Der Minister vertieft im Anschluß daran eine Rede, die er den Besuchern der Infanterieschule gehalten, und in der er diesen tüchtigen Offizieren eingeschärft hat, nur ja nicht zu glauben, daß irgend ein Schnitt zwischen der alten und der neuen Wehrmacht bestehen dürfe. Man habe ja auch in Rußland die Tradition der zarischen Armee nur unter anderen Formen fortsetzen müssen.

Zum Etat selbst führt der Minister aus, daß gegenüber dem Vorkriegsstand der Anteil der tatsächlichen Ausgaben über den persönlichen Kosten mächtig gestiegen sei, was eben im Interesse der Schlagkraft der Truppe liegt. An diesen Kosten kann nicht gespart werden; zu ihnen gehören auch die Fürsorgemaßnahmen für lange dienende Soldaten. Unsere Exerzierplätze genügen nicht mehr.

Wir haben keinen einzigen Platz, auf dem die Artillerie auf wirklich kriegsmäßige Entfernung schießen kann.

(Hört, hört! rechts und bei den Kommunisten.) Ich bewundere die Bescheidenheit, in der sich die Wehrmacht mit diesen unzureichenden Zuständen abfindet. Auch an den Kosten für Waffen und Munition kann nicht gespart werden. Das wäre die größte Dummheit, die wir uns leisten könnten. Die Erfahrungen des Weltkriegs sprechen deutlich. Die relative Höhe dieser Ausgaben hängt zusammen mit der Verschlagung unserer Waffenindustrie, mit dem Außenhandelsverbot und mit der geringfügigen Erzeugung, die wir erteilen können. Monopolfabriken ohne Konkurrenz sind natür-lich teuer. So beträgt die Steigerung des Jades für Waffen und

Munition 80 Proz. gegenüber 30 Proz. bei den sonstigen Industrie-produkten.

Nicht nur die Wehrmacht, auch den Reichswehretat wollen wir entpolitifizieren. Es ist ausgeschlossen, die Positionen des Wehretats vom politischen Standpunkt betrachten zu wollen. (Abg. Jaddach (Komm.): Nicht zieh dein Portemonnaie, raus mit dem Geld und halt's Maul!) Der Etat muß so gestaltet sein, daß wir planmäßig arbeiten können. Ich bitte darum, ihn möglichst stabil zu halten. (Beifall rechts.)

### Abg. Schöpflin (Soz.):

Glücklicherweise ist die Reichswehr, wie der Minister sagt, kein Angriffsheer. Der Minister hat aber nach der entgegengesetzten Seite den militärischen Wert der Reichswehr zu stark herabgesetzt. Zum Schutze der Grenzen reicht die Kraft der Reichswehr völlig aus, und sie erhöht sich noch ständig. Das sozialdemokratische Wehrprogramm erkennt an, daß eine völlige Abrüstung bedauerlicherweise nicht vorgenommen werden kann, solange in Europa derartige politische Zustände und Kriegsfahrten wie jetzt herrschen. Den Minister steht es nicht gut an, vor Völkerbund in derartig spöttischem Tone zu sprechen (Belächler rechts), wenn Herr Groener sich selbst als gemäßigten Pazifisten bezeichnet. Wir wissen, daß der Völkerbund sein Ideal nicht erfüllt, aber wir sind davon

überzeugt, daß die deutsche Nation die Mission hat, Vorkämpfer der Abrüstung zu sein. Wir sind gegen die völlige Ausschöpfung aller Rüstungsmöglichkeiten des Versailles Friedens, auch weil sie im Widerspruch zu unseren finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten steht.

(Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Das Beispiel des französischen Heeresetats ist deswegen ungeeignet, weil Frankreich nicht unsere Reparationslast zu tragen hat. Sieht man sich aber die Zahlen unseres Reichswehretats für Munitionsbeschaffung usw. an, so kann man nicht behaupten, daß wir für die Reichswehr zu wenig ausgeben. (Zuruf rechts: Das ist ja der Müller-Etat!) Ich spreche hier weder über den früheren Etat, noch für die Beschlüsse der früheren Regierung, sondern für die sozialdemokratische Fraktion über den Etat der jetzigen Regierung. Wir haben im vorigen Jahr bereits Streichungsanträge zum Reichswehretat angebracht. Wir lehnen es allerdings ab, bloße Kapitalanträge zu stellen. Der Reichswehrminister hat im Austausch von Zusicherungen gesprochen, die ihm im letzten Jahr über die Höhe des diesjährigen Wehretats gemacht worden sein sollen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die sozialdemokratische Partei keinerlei derartige Zusicherungen gemacht hat, also müssen nach während der vorigen Regierung die anderen Regierungsparteien unter Hintergehung der Sozialdemokratie derartige Zusicherungen gemacht haben. Die ungeheuren Summen für Waffen- und Munitionsbeschaffung verbürgt der Minister bisher mit der angeblichen Notwendigkeit der Ausrüstung von Borräten; das kann aber nicht jedes Jahr so weiter gehen.

Die Grundstücksgebäude der Reichswehr sind reichlich ungeklärt, wir verlangen Aufklärung darüber.

Die unwahrscheinlich hohen Summen für Übungen, Geländebesprechungen usw. müssen eingeschränkt werden. Unsere kleine Wehrmacht hat über 60 Generale, die wenigen uns zugewandten Offiziere avancieren zu schnell, was den Personal-etat belastet. Noch dazu sind die Summen für Unterstützungszwecke in besonderen Fällen bei einzelnen Regimentern bis zu 75 Proz. den Offizieren zugewiesen. Bei einem Regiment ist für Anschaffung eines Jagdgebisses einer Feldweibelin 25 M. und einer Hauptmannsrau 400 M. bewilligt worden. Wir begrüßen, daß in den Heeresfachschulen endlich ein gutes Lehrbuch der deutschen Verfassungsgeschichte verwendet wird. Die Anrede der Vorgesetzten in der dritten Person könnte wirklich wegfallen.

Soldatenmißhandlungen und Schikanen, die wir im alten Heere aus-schärfte bekämpft haben, mehrere sich leider auch bei unserer Reichswehr.

In einem Stuttgarter Infanterieregiment wurde ein Soldat zur Strafe gezwungen, 200 Anklebungen zu machen. Er brach schon bei der 150. zusammen. Beim 4. Infanterieregiment befahl ein junger Leutnant einem Feldweibel, vom 12 Meter hohen Turm der Bade-anstalt hinunterzuspringen. Die Weigerung des Feldweibels mit der Begründung, er habe eben erst gegessen, wurde bestraft. (Hört, hört! links.) Jeder Schwimmer weiß, daß ein Sprung ins Wasser mit vollem Magen lebensgefährlich ist. Die Zusicherungen des Ministers, diese Soldatenmißhandlungen abzustellen, verlieren beim Vorkommen immer neuer Fälle an Wert. Wenn im nächsten Jahre gleiche und ähnliche Fälle bekanntwerden, und wir niemals erfahren, was gegen die schuldigen Vorgesetzten geschieht, müßten wir die Verstärkungen des Ministers als unglaubwürdig bezeichnen. Wenn jeder Kommandeur genau wüßte, daß jede ungestrafte Soldatenmißhandlung seine Disqualifizierung bedeutet, und wenn die Kommandeure dasselbe den ihnen unterstellten Offizieren klar-machen, gäbe es keine Soldatenmißhandlungen mehr. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen auch eine Klärung des Be-schwerderechts. Wenn ein Soldat mehrere Beschwerden vor-bringt, so werden ihm seine Dienstjahre nicht zur Freude gemacht. Die Rekrutierungsmethoden sind immer noch zu bean-standen. Wenn

junge Leute bei ihrer Bewerbung vom Generaloberst nicht etwa auf ihre Gesundheit, sondern auf ihre politische Gesinnung geprüft

werden und bei dem leiblichen Verdacht, daß sie Sozialisten, Republi-kaner seien oder auch nur mit solchen in Beziehung stehen, als un-tauglich abgewiesen werden, so kann man nicht von einer Entpolitifizierung der Reichswehr reden. Uns wurde Jahr für Jahr versichert, daß das von uns vermutete Eindringen rechtsradikaler Leute in das Offizierskorps nicht erfolge. Jetzt muß selbst der Reichswehrminister in seinem neuesten Erlaß zugeben, daß solche Gefahren bestehen und Belohnungen für ihre Ermittlung aussetzen. Die Beziehungen der Reichswehr zu Rußland, deren sie immer wieder verdächtigt wird, scheinen nach einem Artikel Poincarés und einem Artikel Rabhauns im „Völkischen“ tat-sächlich zu bestehen; sie werden als lange bekannt behandelt. Bei der Vorbringung dieser Tatsache im Ausschuss haben nicht nur die bürgerlichen Parteien, hat nicht nur zunächst der Reichswehrminister, sondern auch die Kommunisten, die sonst nicht zu den Schweigern gehören, geschwiegen. (Heiterkeit.) Die Antwort des Ministers war ungenügend. Besonders im rechtsradikalen Lager, dem Berwoll usw.,

in den Hugenberg-Blättern wird jetzt proboschewistische Propa-ganda getrieben, die sich in einem Falle sogar der „Germania“ bemächtigt.

(Der Redner vertieft entsprechende Stellen aus Berwoll-Mitteilungs-blättern, der „Radtausgabe“ und der „Germania“.) In sämtlichen bürgerlichen Zeitungen scheidet sich diese Propaganda mehr oder weniger offen ein. (Hu—Hu! der Kommunisten.) Zu gleicher Zeit mit der „Radtausgabe“ hat die „Rote Fahne“ ein Bild von russi-schen Zantobteilungen gebracht. (Heiterkeit.) Das Bündnis mit Rußland für einen Krieg gegen die Wehrmacht wird ganz offen propagiert. Wir Sozialdemokraten sind gegen alle geheimen poli-

tischen Beziehungen militärischer Stellen zum Ausland, die nur den Frieden gefährden. Wir sind dafür, daß auch die Reichswehr nach Möglichkeit ein Instrument des Friedens bleibe. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. v. Lettow-Vorbeck (Dnat.): Die Anrede in der dritten Person schadet nichts und ist in der Zeit, wo Ehrfurcht vor dem Alten schwindet, zu begrüßen.

Dem Offizierskorps wird nicht durch Erlass aus dem Mannschafts-korps frisches Blut zugeführt. Frisches Blut gibt es überall in der Jugend. Ich begrüße die Beibehaltung der Offiziers-korps als Pflegetöchter der Kameradschaftlichkeit.

Die Reichswehr soll nicht einer Richtung dienen, sondern dem Vaterlande. Selbst als Verteidigungswaffe ist die Reichswehr mit ihren 100 000 Mann und ohne schwere Geschütze usw. recht schwach. (Zuruf links: Wozu brauchen Sie denn die?) Nun, sogar Professor Quisde hält eine Reichswehr für nötig bei den Verhältnissen im Osten, wo Bandenüberfälle vorkommen können usw. Die Regie-rung muß klare Stellung zum

### Danzerschiff B

nehmen, d. h. ja sagen. (Heiterkeit.) Durch den Beifall muß unser Volk mehr und bündnisfähig werden, den Grund dazu muß die Schule legen. (Beifall rechts.) Der sozialistische Schülerbund aber propagiert Kriegsdienstverweigerung und Revolution im Kriegsstille. Wir aber wollen durch den Beifall unser Volk wieder zum Herrn und Meister seines Schicksals machen. (Hände-klatschen rechts.)

Der übliche kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister wird mit Heiterkeit aufgenommen.

Abg. Erling (Z.): Die Rottke im Osten und die Abwanderung von dort hat ihren psychologischen Grund darin, daß der Schutz der Wehrmacht gegen die Gefahr fehlt, die man fürchtet. Ueberall und ohne Parteunterschied sollte für schleunigste Anstellung der Militär-anwärter im Gemeindedienst gefordert werden. Zeitungen und Ber-eine, die so tun, als ob viele hinter ihnen ständen, behaupten Ge-heimrüstungen, ermöglichen damit Hebern im Ausland ihre Propa-ganda und dienen keineswegs dem Frieden. Ich habe nicht den Eindruck wie Herr Schöpflin, daß der Minister vom Völkerbund immer spöttisch rede; aber

Vertrauen kann der Völkerbund durch Entschuldigungen nicht er-werben, die nicht dem Recht entsprechen, sondern der Gewalt Recht geben.

(Sehr wahr!) Es ist doch nicht erstaunlich, wenn bei uns gewisse Sympathien für Rußland bestehen, da es mit uns Frieden ohne Annexionen und Reparationen und den Freundschaftsvertrag von Rapallo geschlossen hat. Die Siegerstaaten miß-achten die Vertragspflicht zur Abrüstung, selbst die britische Ar-beiterregierung kann trotz aller Bemühungen nicht damit vorwärts kommen. Der Vorwurf der sozialistischen Internationalen gegen Deutschland wegen des Danzerschiffs B dient auch nicht der Abrüstung, wird vielmehr gegen sie ausgespielt werden. Der gute Geist der Reichswehr wird auch durch Kriegsbeher nicht ver-dorben werden, die den Krieg im Bezirksamt Birmasens mitgemacht haben. (Heiterkeit.)

Abg. Rippenberger (Komm.): Hundert Millionen werden für Waffen ausgegeben, die die Reichswehr nach dem Frieden nicht haben darf. Arbeiter in Leipzig, die ein schwarzes Waffenlager aufgedeckt haben, sehen wegen Diebstahl in Untersuchungshaft. Die Feldbestimmungen an der Oder; für die nachträglich 30 Mil-lionen bewilligt werden, richten sich nicht gegen Polen, sondern gegen Sowjetrußland. (Heiterkeit.) Das Feldjägerkorps, das nach der vorjährigen Aufseherung Groeners aufgelöst werden sollte, bewacht die Befestigungen und baut sie weiter aus. Der Redner vertieft Briefe des inzwischen verstorbenen Kapitäns Boh-mann aus dem Jahre 1929 zum Beweis für deutsch-italienische U-Bootehandlungen, und Luftauf der deutschen Flugzeugfabriken. Offiziere der Reichswehr und des früheren Heeres bilden Arbeits-gemeinschaften, denen auch Freitourführer angehören.

Gegen 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, 15 Uhr.

Der Reichstag hat beim Beginn der Sitzung ohne Debatte dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung zur Verwendung des Ertrags der Reparationsanleihe erteilt, wovon 420 Millionen der Post und der Reichsbahn zuzuwenden sind.

## Nur solange Vorrat reicht!

Extra prima Pfälzer Weine	Fl. 0.95
Echter roter SSW Wein „Malvasier“	Liter 1.10
Echter roter spanischer Dessertwein „S.S.“	Liter 1.20
Echter süßer, weißer Bordeaux	Fl. 1.20
Echter roter Burgunder	Fl. 1.20
Echter deutscher Wermuthwein	Fl. 1.25
Feinster Niersteiner u. Liebraunmilch	Fl. 1.25
Echter Popsiwein für Kranke	Fl. 1.50
Echter süßer Ungarwein	Fl. 1.50
Echter 25er Haut-Sauternes, weißer Bordeaux	Fl. 1.05
Himbeer-, Kirsch-, Zitronen-Orangade, mit feinsten Raffinade eingekocht (ca. 2 1/2 Pfund)	Liter 1.65
Allerbesten deutscher Obstdessertwein	Liter von 0.75 an

### Mein Schluger: „Echte Edelliköre“

Cherry Brandy, Goldkirsch, Prunelle, Kummel, Curacao, Halb u. Halb, Kurf., Magenbitter, Stenodori, Glühwürmchen	Fl. 2.95
---	----------

### Nordhäuser Brantwein

Garantiert echte, unverschnittene selbst importierte süße Südweine zu allerbilligsten Tagespreisen

### Großtes Spezial-Geschäft seiner Art in ganz Deutschland

Billigste Bezugsquelle für Gastwirte usw.

Weinbrände / Verschnitte / Aquavit / Rum  
Eigenfabrikate, feinste Qualitäten, spottbillig

Kostproben gratis, damit sich jeder von der Erstklassig-keit meiner Fabrikate überzeugen kann

Verkauf vom Faß! / Preise ohne Glas!

Brunnenstr. 43	Müllerstr. 144	Chausseestr. 76
Koppenstr. 87	Wollanstr. 98	Wismarplatz 1
Prenzlauer Allee 50	Petersburger Str. 60	
Grünauer Str. 15	Köpenicker Str. 121	
Martin-Luther-Str. 86	Wilmerdorfer Str. 157	
Neukölln: Berliner Str. 12, Hermannstr. 37		
Schöneberg: Kolonnenstr. 9	Steglitz: Schlossstr. 121	
Moabit: Wilanacker Str. 25	Spandau: Potsdamer Str. 23	
Weißensee: Berliner Allee 247	Tempelh.: Berliner Str. 152	
Oberschöneweide: Wilhelmshofstr. 40		
Frankfurt/Oder: Richtstraße 72		

## EDUARD SUSSKIND



Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Weibung. Die für Freitag, 22. Mai, vorgesehene Kreismitgliederversammlung findet erst am Dienstag, 27. Mai, um 19 1/2 Uhr in dem ...

heute, Donnerstag, 22. Mai.

- 6. 18. 15 Uhr Mitgliederversammlung bei ...
- 7. 18. 17 Uhr ...
- 8. 18. 18 Uhr ...

Morgen, Freitag, 23. Mai.

- 9. 19. 10 Uhr bei ...
- 10. 19. 11 Uhr ...
- 11. 19. 12 Uhr ...

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 22. 5. Staats-Oper Unter d. Linden ...

Winter Garden 8.15 Uhr Zentr. 2819 ...

Volksbühne Theater am Blüppplatz 8 1/2 Uhr ...

SCALA Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr ...

PLAZA Tägl. 8 u. 10 30 ...

CASINO-THEATER Tägl. 8 1/2 Uhr ...

ROSE - THEATER Große Frankfurter Str. 132 ...

Tempo Tägl. 8 1/2 Uhr ...

Reichshallen-Theater Tägl. 8 1/2 Uhr ...

Reichshallen-Theater Tägl. 8 1/2 Uhr ...

Deutsches Theater 8 1/2 Uhr ...

Kammerspiele 8 1/2 Uhr ...

Die Komödie 8 1/2 Uhr ...

Majestät lässt bitten ...

Geschäft mit Amerika ...

Theater I. d. Behrenstr. 53-54 ...

Großes Schauspielhaus 8 Uhr ...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ...

Jungsozialisten ...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde ...

geburtstage, Jubiläen usw. ...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ...

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein ...

Typographia ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Landsberger Chaussee ...

Das ist der rechte Laden ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. ...

Möbel ...

Musikinstrumente ...

Fahrer ...

Kaufgeschäfte ...

Unterricht ...

Erholungsurlaub ...



# Schieles Roggenpleite.

## Immer neue Aufpulverungsrezepte. — Zollerhöhung für Salzheringe!

Die Erfolglosigkeit der Schieleschen Großagrarpolitik wird immer mehr offenkundig. Schiele hatte der Landwirtschaft einen Roggenpreis von 230 Mk. pro Tonne versprochen. Seit seiner Amtszeit ist der Roggenpreis eher gefallen als gestiegen. Er kann nur durch Stützungskäufe mühsam auf seinem bisherigen Stand gehalten werden.

Die Agrarier verlangten nun neue „Maßnahmen“. Zu welchen Forderungen sie sich dabei verstiegen, zeigt am besten die Tatsache, daß die dem Ernährungsminister naheliegende Korrespondenz des Deutschen Landwirtschaftsrats ausgerechnet einen Zoll auf Hirse verlangt, um den Roggenpreis zu stützen! Der Ernährungsminister selbst fordert 10 Millionen für verbilligte Abgabe von esiniertem Roggen zu Fütterungszwecken und 1 Million Mark zur Förderung des Absatzes von Kartoffelpräparaten.

Bereits seit längerer Zeit hat die Getreidehandels-Gesellschaft auf Anordnung Schieles in Nordwestdeutschland mit Costin gefärbten Roggen, den sie selbst mit 170 Mk. bezahlt, für 130 Mk. pro Tonne verkauft. Um die entstandenen Verluste zu decken, werden neue Mittel angefordert. Insgesamt sollen so 100 000 Tonnen Costinroggen in Nordwestdeutschland der Verfütterung zugeführt werden. Grundsätzlich haben wir dagegen nichts einzuwenden, aber es ist überflüssig, daß dafür neue staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden; denn wenn die alte sozialdemokratische Forderung, es bei einem Futtermittelzoll von 2—3 Mk. für diejenigen Landwirte zu belassen, die neben 2 Zentnern ausländischer Futtermittel 1 Zentner deutschen Roggen zu Verfütterungszwecken kaufen, durchgeführt wird, dann ist eine Verbilligung des deutschen Roggens unangebracht und es erübrigt sich, neue zweistellige Millionenfiguren, wie das Schiele will, zur Befreiung der Roggenüberschüsse aufzuwenden.

Die angeforderten 10 Millionen Mark sollen nach Schieles Plänen auf die Belastung der Reichskasse durch Einfuhrschieine (Exportprämien) mit angerechnet werden. Bekanntlich sind die Einfuhrschieinerhöhungen der letzten Wochen unter der Bedingung angenommen worden, daß die Belastung der Reichskasse insgesamt im laufenden Jahr trotz erhöhter Einfuhrschieine nicht gegenüber dem Vorjahr gesteigert wird. Wenn der Ernährungsminister nunmehr aus diesem Einfuhrschieinfonds 10 Millionen fordert und außerdem der Export mit erhöhten Einfuhrschieinen bereits wesentlich ausgedehnt wurde, dann werden die zur Verfügung stehenden Mittel spätestens im Juli oder August erschöpft sein. Der Ernährungsminister weiß das; denn er soll neuerdings verlangen, daß die durch die neuesten Zollerhöhungen vergrößerten Zolleinnahmen dem Fonds der Exportprämien (Einfuhrschieine) zufließen. Diese Forderung widerspricht dem Gesetz; auf keinen Fall dürfen die erhöhten Zolleinnahmen gegen die erhöhten Ausfuhrprämien aufgerechnet werden.

Neben dieser Maßnahme fordert der Ernährungsminister bereits jetzt die Verlängerung des unglückseligen Verwahrungszwanges von Inlandweizen über den 31. Juli hinaus, also für das nächste Jahr. Es soll also auch weiterhin das deutsche Getreide unnütz in Deutschland spazieren geführt werden. Für die Schweineausfuhr wünscht der Ernährungsminister ein Sondergesetz, um den Export zu konzentrieren.

Schließlich will Schiele noch eine Erhöhung des Zolles für — Salzheringe! Wir sind sehr neugierig, zu erfahren, seit wann in der ostelbischen Landwirtschaft Salzheringe gebaut werden, deren Preis durch Zollmaßnahmen zum Besten der deutschen Landwirtschaft noch besonders gehoben werden muß. Zu wessen Nutzen die Verteuerung dieses Artikels durchgeführt werden soll, ist unerkennbar. Oder soll auch hier der Roggenverzehr dadurch erhöht werden, daß man das Essen von Salzheringen verteuert?

Im übrigen wird berichtet, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1930 die Kupfererzförderung bei Mansfeld mit 322 860 Tonnen nicht unerheblich über der entsprechenden Vorjahresförderung lag.

### Radioabschlüsse.

#### Transradio 8 Proz., Loewe-Radio 5 Proz. Dividende.

Die Transradio A.-G. für drahtlosen Ueberseeverkehr, die von den beiden Elektrokonzernen Siemens und AEG. beherrscht wird, konnte im Jahre 1929 ihren Gesamtverkehr nach Uebersee um 15 Proz. erhöhen, während das Vorjahr eine Steigerung um 22 Proz. aufwies. Die Einnahmen stellten sich auf 6,38 gegen 6 Millionen Mark, während sich die Unkosten von 4,26 auf 4,61 Mill. Mark erhöhten. Aus dem kaum veränderten Reingewinn von 1,39 Mill. Mark wird wieder eine Dividende von 8 Proz. gezahlt.

Nach dem Verwaltungsbericht wurden die Kurzwellenanlagen weiter ausgebaut und sechs Sender neu in Betrieb gestellt. Für den Nachtverkehr mit Amerika sollen zwei weitere Sender aufgestellt werden. Im Berichtsjahr traten zu den bestehenden Verbindungen noch Funkverbindungen mit Siam, Chile und Mexiko hinzu. Im neuen Jahr wird eine Steigerung des nordatlantischen Telekommunikationsverkehrs erwartet, sobald die amerikanische Radio Corporation wichtige Plätze in den Vereinigten Staaten durch neue Funklinien mit New York verbunden hat. Die für die Erweiterung der Anlagen nötigen Mittel erhielt die Gesellschaft, wie schon früher, durch die Deutsche Reichspost.

Zugleich veröffentlicht die Radio A.-G. D. S. Loewe, Berlin, den Abschluß für ihr erstes Geschäftsjahr 1929. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft ihre verschiedenen im Rahmen von G. m. b. H. betriebenen Unternehmungen in einer Aktiengesellschaft zusammengefaßt. Das Kapital von 1,5 Millionen Mark erhält für das erste Geschäftsjahr eine Dividende von 5 Proz. Der Verwaltungsbericht bezeichnet den Ablauf des letzten Geschäftsjahres trotz des Konjunkturrückganges als günstig, besonders wurde der Export ausgebaut. Der allgemeinen Richtung folgend ging auch die Gesellschaft in steigendem Maße zur Fabrikation von Regenschirm- und Radiogeräten über.

### Verluste in der Samtindustrie.

Der führende deutsche Samtkonzern Mechanische Weberei zu Linsen bei Hannover gehörte seit der Stabilisierung der Mark zu den rentabelsten Textilunternehmen. Die Dividenden von 1924 bis 1927 waren auf 15 Proz. stabilisiert und auch 1928 konnte die Gesellschaft noch hohe Aktionärgewinne von 10 Proz. ausschütten.

Der für 1929 ausgewiesene Verlust von mehr als einer halben Million muß daher überraschen, besonders da der Umsatz

sich noch erhöht hat. Die schlechten Preise im Auslandsgeschäft, das in großem Umfang betrieben wird, werden zwar in erster Linie als Verlustquelle genannt, doch scheinen die Hauptverluste aus nicht eintreibbaren Forderungen entstanden zu sein. Die Frage, ob diese Verluste durch leichtfertige Finanzierungsmethoden oder durch nicht voraussehende Zusammenbrüche entstanden sind, muß offen bleiben. Die Entwicklung im laufenden Jahr macht die Verwertung von der Mode abhängig.

### Refordprofite für Schallplatten.

#### Polyphon und Lindström zahlen 20 Prozent Dividende.

Die Schallplattenkonjunktur hat auch im vergangenen Jahre von ihrer Stärke nichts eingebüßt. Trotzdem haben die großen Konzerne in Deutschland wie im Ausland es auch 1929 nicht für nötig gehalten, ihre hochgeschraubten Preise zu senken, sondern haben den Kulturhunger der Massen in rigorosster Weise ausgenutzt.

So fällt es der Polyphon A.-G. in Leipzig auch nicht schwer, auf ihr erhöhtes Kapital von 17 Millionen wieder die Refordividende von 20 Proz. zu zahlen, wofür diesmal 3,4 gegen 2,5 Millionen Mark erforderlich sind. Der schon 1927 verdoppelte Betriebsgewinn von 4,6 Millionen Mark, der im folgenden Jahre 6,5 Millionen Mark erreichte, ist 1929 auf fast 7,4 Millionen Mark gestiegen. Dagegen liegen die Unkosten trotz Jahr für Jahr gewachsener Produktion nur ganz wenig über dem Stand von 1927, ein Zeichen, wie das Unternehmen auch von der Rationalisierung profitiert hat. Der Umsatz, der seit Jahren eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung durchgemacht hat, ist auch 1929 weiterhin um 10 Proz. gestiegen.

Auch die Lindström A.-G. in Berlin, die zu dem anglo-amerikanischen Columbia-Konzern gehört, zahlt für 1929 wieder 20 Proz. Dividende. Dieses Unternehmen hat schon in den vorhergehenden Jahren in einem derartigen Umfang Reserven aufgesammelt, daß es der Verwertung schwer fällt, noch irgendwo in der Bilanz ein Ventil zum Verleihen der Gewinne zu entdecken. So sind der gesamte Maschinenpark, die hochwertigen Patente, Matrizen und Modelle samt und sonders auf 1 Mark (!) abgeschrieben, obwohl allein in den beiden letzten Jahren fast 3,5 Millionen neu in die Anlagen gesteckt wurden. Auch in den Grundstücken und Gebäuden, deren Wert in der Bilanz trotz umfangreicher Neubauten auf 2,6 Millionen Mark zusammengedrückt ist, stecken schwere Reserven.

Wie die Gesellschaft im Gelde schwimmt, zeigt das enorme Aufschwellen des Bankkontos von 2,6 auf 7,2 Millionen M. Damit übersteigt allein das Bankguthaben die Höhe des Aktienkapitals mit 7 Millionen Mark. Dazu kommen noch weitere Forderungen von rund 11,4 Millionen. Dieses außerordentliche Anwachsen der flüssigen Mittel soll durch Erhöhung des Postens „Schulden und Rückstellungen“, der sich auf 15,9 gegen 9,7 Millionen Mark stellt, verschleiert werden. Es liegt aber auf der Hand, daß die Verwertung in diesen Posten millionenhoch Beträge zurückgestellt hat, um den Gewinn nicht über eine bestimmte Höhe steigen zu lassen.

Die Abschlässe dieser beiden Großunternehmen beweisen, daß die Schallplattenindustrie mit Hilfe ihrer rücksichtslos hochgehaltenen Preise eine Profitrate erzielt, die jedes gesunde Maß vermissen läßt. Aber die Herren Schallplattenfabrikanten, die heute noch auf sehr hohem Ross sitzen, sollten wissen, daß jeder zu straff gespannte Bogen einmal reißt und daß auch jede auf die Spitze getriebene Ausbeutung dreier Käuferklassen sehr schnell ihr Ende findet.

In der Krise auch noch Preiserhöhung. Der Zinkwalgwerkverband hat mit Wirkung vom 21. Mai den Grundpreis für Zinkbleche weiter um 75 Pf. je 100 Kilo erhöht. Der deutsche Unternehmerverband hält also in der Tat Preiserhöhungen auch in der jetzigen Zeit schwerster Krise noch für geboten!

Höhere deutsche Kupfererzeugung im April. Die deutsche Kupferhüttenproduktion stellte sich im April 1930 auf 4805 Tonnen gegenüber 4934 Tonnen im März 1930. Die deutsche Kupfererzproduktion (Raffinade- und Elektrolytkupfer) betrug im April 1930 11 237 Tonnen gegen 10 645 Tonnen im März 1930.

Dividendenerhöhung in der chemischen Industrie. Die A. D. Riedel A.-G. in Berlin, die in der Hauptsache pharmazeutische Produkte und medizinische Spezialpräparate herstellt, konnte ihren Reingewinn im Betriebsjahr 1929 von rund 491 auf 864 000 Mark erhöhen. Die Dividende wird von 4 auf 5 Proz. heraufgesetzt. Die Umsatzsteigerung im letzten Jahr wurde hauptsächlich durch gesteigerte Ausfuhr in technischen und pharmazeutischen Chemikalien erzielt. Die gesetzliche Reserve, die bei einem Kapital von 10 Millionen bisher nur 200 000 Mark betrug, wurde aus der Ueberweisung amerikanischer Freigabegelder in Höhe von 800 000 Mark auf 1 Million aufgeführt und erreicht damit den vom Gesetz vorgegebenen Stand von 10 Proz. des Kapitals.

Die englische Arbeitslosigkeit ist bis zum 13. Mai um weitere 27 504 auf 1 739 500 Personen gestiegen. Sie ist um rund 635 000 Personen größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der internationale Charakter der gegenwärtigen Krise zeigt sich darin sehr deutlich. Auch der gesamte Welttauhandel ist in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum vergangenen Jahre zurückgegangen. England ist besonders stark davon betroffen.

### Neues von Mansfeld.

#### Steuer- und Tarifvorteile. — Wachsamkeit weiter geboten.

Wie wir an anderer Stelle dieses Blattes mitteilen, ist der erste Schlichtungsversuch zwischen der Mansfeld-Verwaltung als Arbeitgeber und der Gewerkschaften durch beiderseitige Ablehnung der Schlichtervorschläge erfolglos gewesen. Die Mansfeld-Verwaltung stellt sich auf den Standpunkt, daß sie — nach ihrer eigenen Rechnung — ein verbleibendes Risiko von 4 Millionen Mark, das sich nach Einrechnung von Steuererleichterungen und Frachterleichterungen ergebe, nicht tragen könne. Sie ist also kühn genug, die Durchführung ihres höchst zweifelhaften Notprogramms hundertprozentig gesichert zu verlangen. Wie wir hören, ist die Mansfeld-Verwaltung auch gegen eine staatliche Subvention. Allzu schwer dürfte sie also selbst ihre gegenwärtige Situation nicht einschätzen.

Im Preussischen Landtag, und zwar im Handelsausschuß, wurde gestern die Frage Mansfeld ebenfalls behandelt. Angenommen wurden ein deutschnationaler Antrag, der Feuerliche Erleichterungen für Schieferbergbau und Hüttenbetrieb und die Gewährung von Ausnahmetarifen empfiehlt, ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der den Gemeindeverbänden die Verwendung von Mansfelder Schlackenfeinen für Straßenbauten nahelegt, und ein sozialdemokratischer Ergänzungsantrag, nachdem eine Prüfung verlangt wird, ob eine staatliche Subvention nach Durchführung solcher Maßnahmen noch erforderlich ist. Man wird das Ergebnis der preussischen Initiative zunächst abzuwarten haben, da Preußen selbst über die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen ja nicht entscheiden kann.

Gegenüber der Mansfeld-Verwaltung wird nach wie vor große Zurückhaltung und Wachsamkeit am Platze sein. Sie erklärt sich zwar gegen Subventionen, aber nur, weil sie ihre Lohndruckabsichten voll durchführen und außerdem um jeden Preis eine staatliche Kontrolle verhindern will. Für ein sehr gutes Gewissen spricht das nicht. Die Mansfeld-Verwaltung argumentiert auch so, wie sie es jeweils braucht. Das zeigt die Tatsache, daß im Stilllegungsantrag vom 30. April 1930 gesagt wird, daß der Kupferschieferbergbau und Hüttenbetrieb mit dem Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt für den Samtkonzern von „ausschlaggebender Bedeutung“ sei. Am 26. März 1929, ein Jahr vorher, als es noch Riesengewinne und hungrige Aktionäre gab, erklärte der Generaldirektor in der Generalversammlung, daß der Umsatz von Kupfer, Silber und Nebenerzeugnissen des Kupferschieferbergbaus „nur knapp ein Drittel des Gesamtkonzernumsatzes“ betrage, „so daß das Gesamtergebnis infolgedessen nur mit diesem Anteil vom Erzbergbau abhängig ist“. Man sieht, im Mansfeld-Konzern werden zwei Sprachen gesprochen. Das tann für die Beurteilung des „Not“-programms von allerhöchster Bedeutung sein.



Die zarten Organe des Halses sind bei der Frau empfindlicher als beim Manne. Die

# ENVER BEY

Zigaretten können Sie ohne Bedenken und mit Genuß rauchen. Sie werden nie einen rauhen Hals haben!

Werkmarken liegen allen 25 Stück Packungen von 5 Pfg. aufwärts bei



# Gideon Giffelle: Mein Freund Banzhaf

Dieser Tage überwiegt mir das anatomische Institut eines Krankenhauses in Milwaukee, Vereinigten Staaten von Amerika, 100 Dollar. Auf der Rückseite des Postabchnitts stand vermerkt: „Im Auftrag von Herrn Dr. phil. Emil Banzhaf“. Das Kreuz hinter dem Namen erschröckte mich. Es ließ eine Freude über die Geldsumme, so gut ich sie auch gebrauchen konnte, nicht aufkommen. Banzhaf war ein lieber Freund von mir gewesen. In München hatten wir Kollegen zusammen gehört. Ohne uns zu verabreden, waren wir uns dann später immer wieder über den Weg gelaufen. — Daß wir uns zum letzten Mal gesehen hatten, lag Jahre zurück. Und nun war Banzhaf tot. War er krank gewesen? War er einem Unglücksfall zum Opfer gefallen? Was hatte ihn veranlaßt mir hundert Dollar zu vermachen? War er, dessen Kasse, solange wir uns kannten, an chronischer Obse litt, in Amerika zu Vermögen gekommen?

Am andern Tag brachte der Postbote einen Brief, der mich aufklären sollte. Er war von der Hand meines Freundes geschrieben und lautete also:

Milwaukee, 15. Oktober 1929.

Lieber Freund,

Ich habe etliche Wortschmähungen gemacht. Die erste war die, daß ich mich von einer Fliege ins rechte Bein stechen ließ, einer richtiggehenden hundertprozentigen amerikanischen Fliege, Banz- und Wiesenfliege. Die zweite war, daß ich fragte, als es judte, anstatt die Gemütsstärke aufzubringen, nicht zu fragen, als es judte. Und die dritte war, daß ich meine Fliegen nicht wusch, ehe ich fragte, als es judte. Resultat dieser drei Tatbestände: Blutergießung, die Amputation des rechten Beins nötig machte. Weil ich es mir aber sehr wenig spahost vorstelle, mit dem linken Bein allein in der Welt herumzuhumpeln, an dem überdies zwei Zehen fehlen, die ich mir in Russland erwarb, schloß ich nach Beendigung dieser Epistel ein halbes kilo Boronal, das mir der Krankenschwester zur Verfügung gestellt hat, ein vernünftiges Individuum, das der Auffassung halbtig, daß wir, wenn wir schon das Recht hätten, unser Leben zu leben, auch jenes haben müßten, es zum Sterben zu bringen. Ueber meinen Tod komme ich hinweg in dem Gedanken, daß er original ist. Oder hast Du gehört, daß sich jemals jemand den Big geleistet hat, sich von einer Fliege totschrecken zu lassen?

Ich habe ein herrliches Leben gelebt, mein Freund. Nur habe ich nichts Rechtes mit ihm anfangen können. Ich bin stets daran geschäftelt, daß es zwei Seiten hat. Ich schlug mich immer auf die falsche Seite, um dann erkennen zu müssen, wo die richtige ist. Weil ich also verdammt wenig nützlich war, soll wenigstens mein Wagnis nützlich sein, indem ich meinen corpus für hundert Dollar, die an Dich auszahlbar sind, der Anatomie verschreibe. Keine Widerrede, alles Haus. Wäre es nicht eine Affenshands, wenn ich davor zurückschrecken würde, meinen nachmaligen Kadaver zu effektulieren? Und Du, mein Lieber, hoffst den Erlös aus ihm um mich verdient. Denn es will mich dünken, daß Du der einzige Mensch bist, der mir wohlwollte.

Wenn Du dieses Gefährte erhalten hast, mein Freund, schmebe ich bereits als Geiß über den Wasser. Als solcher erwarde ich von Dir, daß Du in Deinem stillen Kämmerlein eine Flasche Wein auf mein Wohl leeren wirst. Und wenn Du ein übriges tun willst, schick Du Dir ein nettes kleines Mädchen dazu ein und host sie in meinem Namen lieb. Besteres jedoch nur, falls Du nicht in jarten Banden einer besseren Hälfte schmachtest. Das Leben ist reichlich kurz, mein lieber Freund!

Noch Dein Emil Banzhaf.

Dieser Brief machte in mir das Bild meines Freundes lebendig, wie er lebte und lebte. In nachfolgendem seien ihm zum Gedächtnis einige Erinnerungen aufgeschrieben.

Emil Banzhaf war ein großer dünner Mensch, hinter dem die Gesangsungen „Langer Lulisch“ herschrien. Seine Bewegungen waren langsam und mechanisch, als ob der, der sie ausführte, nichts von ihnen wüßte. Und er wußte auch von nichts. Er war stets in Gedanken versunken und in Ideen verstrickt, die ihn gänglich gefangen nahmen und die er, wenn er jemand gefunden hatte, der ihm zuhörte, mit einem Aufwand an Pathos verkündete, das in keinem Verhältnis zu dem von ihm Mitgeteilten stand. Poetisch war auch der Ausdruck seines Gedächtnis. Feierlich sah ihm eine Gekochtenrille aus dem, blaßlich schimmerndem Glas auf der klassisch geformten Nase. Die Augen leuchteten wie bei einem Baptistenprediger in erhabenem Glanz. Was aber den ganzen, verbotenen aussehenden Kopf so ungemein anziehend machte, war, daß man fühlte, welsch großen Abstand er von sich selbst hatte, und daß er genügend Intelligenz besaß, sein eigenes Getue und Gebabe zu transzieren. Das geschah wiederum mit Pathos und die Wirkung war durchschlagend.

Im Jahre 1912 lernte ich Emil Banzhaf in München kennen. Wir trafen uns im kunsthistorischen Seminar eines bekannten Professors und gingen lange Zeit aneinander vorüber, bis wir uns anfänglich einer Exkursion zusammenfanden, die unternommen wurde, um uns Studenten in die architektonischen Schönheiten der Altstadt einzuführen.

Wir standen — so an die zwölf Wissenschaftsbegeisterte — vor der Feldherrnhalle mit unserem Professor, der dieses schöne Bauwerk mit der Länge seines Scharfins übergoß und zum Schluß auf die Löwen zu sprechen kam, die bekanntlich die Feldherrnhalle flankieren. Er konnte sich nicht genug darin tun, die Kraft und Schönheit der in Stein gemeißelten Wüstenkönige zu betonen. Wir Studenten murmelten beifällig.

Nur Banzhaf schien nicht recht einverstanden zu sein. Schon während der Professor sprach, war mir aufgefallen, daß er um die Löwen herumgetrodert war und sie eingehend von vorn und hinten, von links und rechts begutet hatte wie ein Tierhändler das liebe Vieh. Jetzt äußerte er unerschrocken sein Mißfallen.

„Über Banzhaf“, sagte der Professor, „sehen Sie nicht, mit welsch großem Können diese Tierplastiken gestaltet sind?“

„Ich sehe!“, erwiderte dieser.

„Haben Sie denn kein Gefühl dafür, mit welsch vollendeter Harmonie diese Standbilder in das Gesamtmonument eingegliedert sind?“ fragte der Professor weiter.

„Ich habe das Gefühl dafür“, verteidigte sich Banzhaf.

Der Professor wurde ärgerlich:

„Ja, was in drei Tausend Namen haben Sie dann auszuweisen?“

Und Banzhaf, der sich verkannt fühlte, erwiderte feierlich und voll tiefen Ernstes:

„Ich habe an dem Monument auszuweisen, daß die Löwen — geschichtlos sind!“

Der Professor drehte Banzhaf den Rücken zu und würdigte ihn keines Blickes mehr. Die Studenten betrachteten den Ausspruch als Witz. Wir aber ging auf, daß er durchaus ernst gemeint sei, was mir Banzhaf dann auch bestätigte:

„Kann ich zu einer ästhetischen Wertung einer Tierplastik vordringen, wenn nicht einmal ihre zoologischen Vorbedingungen erfüllt sind? Kann eine Tierplastik Kraft ausdrücken, wenn ihr das Organ fehlt, das vorwiegend das Merkmal von Kraft ist?“

Ich hot meine ganze Berechnung auf, um Banzhaf zu überzeugen, daß er bei der Bewertung von Kunstwerken von falschen Voraussetzungen ausgehe. Es ist mir nicht gelungen. Wir diskutierten einen Tag und eine Nacht und noch einen Tag. Gelungen ist mir lediglich, das Vertrauen des langen Menschen zu gewinnen,

der sich ernst genommen fühlte, was ihm selten passieren mochte und der mir deshalb in Zukunft mit rührender Treue anhing. So sind die geschlechtlosen Löwen an der Feldherrnhalle in München das Fundament unserer Freundschaft geworden.

Im Frühjahr 1916 hatten Emil Banzhaf und ich uns zufällig auf einer Landstraße in Ruhland zwischen Müna und Romno wiedergetroffen. Banzhaf befand sich mit seiner Batterie auf dem Vormarsch. Ich kam soeben aus dem Urlaub und suchte meinen Truppenteil.

Das Wetter war unwirsch und rau. Himmel regnete es, dann schneite es. Dann trat die Sonne an den Himmel und taute den harten Erdboden auf. Und endlich wurde es wieder kalt, so daß die unzähligen, mit Wasser gefüllten Lämpel auf der Landstraße sich mit einer heimtückisch dünnen Eisschicht überzogen.

Um unsere erstarren Glieder zu erwärmen, waren wir vom Frostknoten des Geschüzes, auf dem wir saßen, heruntergestiegen und trotteten, uns an philosophischen Gesprächen ergötzend, hinter einem Pferdegeschirr her. Da überkam einen der Gänge ein Rühren und er ließ in seiner Unschuld dem guten Banzhaf etwas vor die Füße fallen, in das dieser bestimmt hineingetreten wäre, wenn ich nicht aus Leibesträften gebrüllt hätte:

„Vorwärts, Pferdegeschirr!“

Mein Freund Banzhaf sprang zur Seite und zwar mitten in eine mit einer Eisdecke überzogene Pfütze hinein. Er sank ein über die Arme bis zu den Oberschenkeln. Der Batterieführer, der soeben vorbeigeritten kam, befaß dem Gefreiten Banzhaf, an Ort und Stelle zu verbleiben und darauf zu achten, daß keines der nachfolgenden Geschüts in das Loch gerate. Und der Gefreite Banzhaf blieb eine geschlagene halbe Stunde lang knietief im Eiswasser stehen, weil er annehmen mochte, die drohende Gefahr auf diese Weise am anschaulichsten zu demonstrieren.

Nach einer weiteren halben Stunde gelangt er wieder vorn an der Spitze der Batterie bei mir an. Und er begann, als ob keinerlei Gesprächspause gemacht worden sei, an meine letzten Worte anzuknüpfen:

„Der Ausdruck ‚Pferdegeschirr‘, mein Lieber, ist eine falsche Zusammenfuppelung zweier Begriffe, die nicht das geringste miteinander zu tun haben und die wir endgültig aus unserem Sprachschatz streichen sollten. Der Apfel nämlich ist die sehr nahrhafte und wohlschmeckende Frucht des Apfelbaumes, ein wertvolles Geschenk der Natur, also ein Aufbauprodukt. Die Extremitäten des Pferdes hingegen sind weder eine nützliche Frucht noch sonst eine bedeutsame Gabe der Natur. Sie dürften weder wohlschmeckend noch nahrhaft sein. Sie sind vielmehr ein Zerfall, Abbau- und Zerfallsprodukt.“

Nach dieser Rede konnte ich den langen Banzhaf nur stumm und mit ehrfürchtigster Bewunderung von der Seite anschauen. Am Abend stellte sich dann heraus, daß Banzhaf sich in der Eispfütze, in der er gefanden und das Wort ‚Pferdegeschirr‘ unter die trübseligen Nupe seines erschütterten Verstandes genommen hatte, zwei Zehen seines linken Fußes erfroren hatte.

Zum letztmal begegnete ich Emil Banzhaf in Berlin 1920 im Kaffee Großmohn am Kurfürstendamm, in dessen Hallen damals die Bohème verkehrte und das heute unter anderen Namen ein solideres Dasein führt. Banzhaf war im Begriff, seinen Doktor zu

## Eine Möbus: Belgiens Arbeiterschule

In einem alten, schattigen Park, dessen hohe Bäume wie schüpfend ihre Zweige über das Haus breiten, liegt Belgiens Arbeiterbildungsschule. Etwa 40 Minuten fährt man mit der Elektrischen vom Hauptbahnhof Brüssel nach der Vorstadt Uccle zuerst durch enge, alte Gassen, an den Arbeiterwohnungen der Unterstadt vorbei, dann durch breite, von hohen Bäumen gesäumte Boulevards nach der Waterloo-Chaussee. Nur wenige Schritte von der Haltestelle entfernt sind wir schon am Ziel. Durch eine eiserne Pforte treten wir ein. Grüne Rasenflächen, Blumenbeete, blühende Sträucher und Bäume, wohin auch der Blick schweift! Welch ein Bild der Schönheit und Stille, des Friedens und der Sammlung! Breite, kiesbedeckte Wege führen nach den Schul- und Wohngebäuden, in denen belgische Sozialdemokraten ihre geistige Schulung zum Wohl ihrer gesamten Klasse vertiefen und erweitern.

Man spürt etwas von diesem harten, ernsten Ringen, wenn man in die Räume eintritt. Man fühlt, daß hier Menschen mit Begeisterung und Eifer an der Arbeit sind. Jedes Bild an der Wand erzählt, daß hier ein einziger geschlossener Wille herrscht, daß ausschließlich Kräfte der belgischen Arbeiterschaft dieses Haus erfüllen. Die Arbeiterbildungsschule ist das Werk einer großen, zielbewussten Partei. Sie entstand nach dem Weltkrieg aus der tiefen Erschütterung der belgischen Arbeiter, aus dem Drange, die Ideen des völkerverbindenden Sozialismus zu vertiefen. In stiller Abgeschlossenheit sollte hier eine Stätte errichtet werden, von der aus ein Strom von Aufklärung und Bildung weit hinaus ins Land fließen sollte. Von hier aus aber sollte auch die Idee des Friedens und der Verständigung hinausgeschickt werden in alle Länder der Erde.

Begabte, mindestens 18 Jahre alte Arbeiter, die körperlich gesund sind, und deren Charaktereigenschaften eine Gewähr für die Einordnung in eine sozialistische Gemeinschaft bieten, finden hier alljährlich Aufnahme. Sie müssen die Grundelemente der Volksschule in sich aufgenommen haben und französisch lesen und schreiben können. Einen breiten Raum der Kurse nehmen die Ausbildung in der Muttersprache und die gründliche Einführung in die Arbeiterbewegung nach der politischen und gewerkschaftlichen, der kulturellen und der gesellschaftlichen Seite hin ein. Daneben wird allgemeine Welt- und Kulturgeschichte unterrichtet; die Geschichte des Sozialismus wird ausführlich behandelt. Dem Bürgerrecht, der sozialen Gesetzgebung, der Psychologie, der Rechnungsführung ist eine große Anzahl von Unterrichtsstunden gewidmet. Einen kleineren Raum nehmen Kunstgeschichte, Literatur, Pädagogik ein. Der Gesundheitspflege sind in jedem Kursus 20 Unterrichtsstunden vorbehalten, in denen die Fragen der Hygiene, die gerade für gehetzte Proletarier von Wichtigkeit sind, ausführlich besprochen werden. Man legt heute bei der Aufnahme den Hauptwert nicht auf Schulwissen und gute Zeugnisse, sondern auf Intelligenz, gute Charaktereigenschaften und die Durchdringung der Lebensführung mit den Grundfragen des Sozialismus, und man hofft, auf diese Weise wirklich wertvolle Kräfte der belgischen Arbeiterbewegung heranzubilden.

Ein Rundgang durch die Arbeiterbildungsschule vermittelt ausgezeichnete Eindrücke. Keine, sondern Einzelzimmer, tiefes Wasser, Badestrichungen, helle lustige Klassenräume, freundliche Wohnzimmer und ein gemütslicher Besammlungsraum zeigen, daß die Grundzüge der Hygiene hier in der Praxis Anwendung gefunden haben. Durch ausgedehnte Körperpflege, durch Aufenthalt in frischer

Luft, es schloß ihm aber wie uns allen am Ged. Als er hörte, daß ich einige hundert Mark Ersparnisse bei mir trug, pumpt er mich an. Geheimnisvoll kisternd erzählte er mir, daß er seit Monaten sein Brot an der Roulette verdiene und ein System erdacht habe, das tödlich sicher sei. Er wolle mich am Gewinn beteiligen, sofern ich nur die nötigen Geldmengen in die gemeinsame Spielstirn einbringe. Ich ließ mich um so leichter überreden, als ich mir darüber klar war, daß ich mit meinem kleinen Vermögen, das sich zudem von Tag zu Tag entwertete, keine großen Sprünge machen konnte, und daß mit Geld, das morgen oder übermorgen doch alle war, va banque zu spielen kein großes Risiko bedeutete. Ueberdies hatte ich Vertrauen zu dem System meines guten alten Freundes. Wenn der schon von tödlicher Sicherheit sprach, dann mußte es auf jeden gebründet sein.

Am Abend plügeren wir nach einem ganz bestimmten der zahlreichsten Spielplans im Berliner Westen, die damals behördlich konfessioniert waren. Ich tauschte an der Kasse meine Banzhaf in etliche Dugend runde Zellscheidplättchen um, von denen jedes 10 Mark wert war. Banzhaf zückte ein dickes Notizbuch, in das Seite für Seite unendliche Zahlenreihen eingezeichnet waren. Wir nahmen am Spielstisch Platz und ich setzte nach meines Freundes gebieterischen Anweisungen.

Das „System“ funktionierte folgendermaßen: Im Laufe der vergangenen Wochen waren an der Roulette, an der wir saßen, tausendhundertundeinundvierzigmal mehr rote als schwarze Zahlen gekommen, was Banzhaf Coup für Coup und Wend für Abend in seinem Notizbuch registriert hatte. Nach dem Geheiß des Ausgels — so schloß mein Freund, mußte jetzt bald die rote Periode von einer schwarzen abgelöst werden. Daß eine einfache Chance wie Rot und Schwarz um mehr als tausend Treffer die andere überfällige, hatte er in seiner Praxis als Spieler noch nicht erlebt. Also setzten wir Schwarz.

Und wir verloren. Und wir verloren noch einmal. Und dann gewannen wir. Und dann verloren wir wieder. Und wir verloren zum viertenmal. Und wir gewonnen erneut. Und dann kam wieder Verlust. Und wir verloren viel mehr als wir gewonnen, weil immer mehr Rot als Schwarz kam. Und Rot kam zum tausenddreihundertstenmal mehr als Schwarz.

Ich wurde zappelig, als ich mein Vermögen verschwinden sah. „Durchhalten“, ermahnte mich Banzhaf, „bloß jetzt die Kerzen nicht verlieren!“ Und wir hielten durch. Und wir verloren die Kerzen nicht. In unerhöhtlicher Ruhe spielten wir nach dem tödlichen System, bis wir unsere letzte Zellscheidmarke verpielt hatten.

Auf dem Nachhausewege, den wir wie beglückte Fische zurücklegten, mochte ich zu bemerken, daß das tödliche System doch wohl nicht ganz so sicher sei, worauf der lange Banzhaf erlich entriet: „Ein System, das tödlich ist, ist tödlich, worauf Du Dich verlassen kannst. Wir haben nur nicht genug Geld gehabt. Du wirst doch wohl zugeben müssen, daß nach den Gesetzen der Mathematik schließlich doch einmal der Ausgleich kommen muß.“

Auf diesen Ausgleich wartete mein Freund noch wochen- und monatelang. Er wartete auch noch, nachdem ich längst über alle Berge war. Zufällig konnte ich ihn mir nur noch als einen Menschen vorstellen, der ewig auf den gerechten Ausgleich wartete. Sein letzter Brief hat mich belehrt, daß er den aussichtslosen Kampf aufgegeben hatte.

Dies sind die Erinnerungen an meinen Freund Banzhaf, der die Löwen an der Feldherrnhalle zu München als Kunstwerke nicht anerkannte, der konstatierte, daß der Ausdruck „Pferdegeschirr“ eine unzulässige Wortverfuppelung sei, der Roulette nach einem „tödlichen“ System spielte, und der sich hernach von einer Fliege totschrecken ließ.

Auf und eine gesunde, einfache Kost hofft man, den Gefahren der Lebererkrankung, denen gerade die Ugriften ausgesetzt sind, wirksam zu begegnen.

Wundernoll ist der Blick von den Fenstern in den grünenden, blühenden Park. Ein zarter, verhaltener Duft zieht durch die Räume, von Roigbüchchen und Hyazinthen, von Krotus und Tulpen. Auf den Rasenflächen draußen tummeln sich junge Menschen. Der Klang dreier Sprachen längt durch die Gänge; etwas, das uns Deutsche ausföhren läßt. Flämisch, Wallonisch und Französisch, die drei Sprachen Belgiens, begegnen uns auch in der Arbeiterbildungsschule, denn ihre Angehörigen stammen aus den verschiedensten Teilen des Landes. Das Flämische ist für uns leicht zu verstehen, denn es ist dem Plattdeutschen nahe verwandt. Beim Wallonischen handelt es sich um eine alfranzösische Mundart, die mit fremden Sprachresten durchzogen ist. Die offizielle Sprache Belgiens ist ja das Französische. Was uns Sozialisten am meisten an diesem Dreisprachenling interessiert, ist die Tatsache, daß diese drei Formen des sprachlichen Ausdrucks die politische und wirtschaftliche Einheit Belgiens keineswegs erschüttern.

Ist es die wunderbare Schönheit und Stille dieses Frühlingstags, die in dem Besuch einer überwältigenden Sehnsucht nach Frieden und Verständigung der Völker erzugt? Oder wirken die starke Geschlossenheit und der zielbewusste Wille, der hier, humilität dieses Paradieses an Landschaftsschönheit, zum Ausdruck kommt, so stark, daß sie jeden Zweifel an einer Verwirklichung der großen sozialistischen Idee des Völkerverlebens zu verheuen instand setzten? Da, dieses Gebäude, dieser Park und diese Menschen, die in drei Sprachen sprechen und sich doch verstehen, sind wie ein großes Sinnbild. Sie vermitteln dem Besucher, der aus der Unrast Europas hier einkehrt, den unerhöhtlichen Glauben, daß das große Ziel, das uns alle vereint, die Schaffung eines geeinten Europa, trotz verschiedener Sprachen verwirklicht werden wird!

## Wieviel Ahnen hat ein Mensch?

Bei einer rein theoretischen Beantwortung dieser Frage kommt man auf dem Wege der Berechnung zu geradezu phantastischen Zahlenreihen. Jeder Mensch hat 2 Eltern, 4 Großeltern, 8 Urgroßeltern, 16 Urgroßeltern und so fort. In der 10. Geschlechterfolge nach rückwärts hat der Mensch schon über 1000 Vorfahren, in der 18. Geschlechterfolge schon über 65 000, und bereits mit der 20. Geschlechterfolge ist die Million überschritten, in der 21. Geschlechterfolge aber hat die Ahnenzahl schon eine Milliarde erreicht, und die Zahl der Ahnen, die einer unserer Zeitgenossen zur Zeit Karls des Großen gehabt haben muß, würde die Zahl von 8 Milliarden überschreiten. Soweit die Theorie — in der Praxis werden diese Zahlenreihen natürlich ganz erheblich eingeschränkt. Bei obiger Berechnung ist nur die Zahl der Ahnen eines einzigen Menschen ermittelt; jeder seiner Zeitgenossen hat aber den gleichen Anspruch auf dieselbe Zahl von Ahnen, die Ahnenreihe darf daher nicht weingelassen betrachtet werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß dieselbe Person in der Regel wiederholt erscheint oder daß sich Geschwister darunter befinden. So scheidet aus der obersten Ahnenreihe aus der Zeit Karls des Großen schon etwa eine Milliarde von Personen aus. Bei Heiraten zwischen Geschwisterkindern fällt schon ein Viertel der obersten Ahnenreihe weg, und durch jede Blutsverwandtschaft wird aus den obersten Reihen der Vorfahren von vornherein eine bedeutende Anzahl ausgeschaltet. So schmelzen die theoretisch errechneten Milliarden wieder auf ein solches Maß zusammen.